

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 RM  
im voraus zahlbar, Halbjahres 12,30 RM,  
einjährig 24,60 RM. Postgebühren und  
Zustellungsgebühren. Ausland-  
abonnement 6.— RM. pro Monat; für  
Erländer mit ermäßigtem Druckschon-  
preis 5.— RM.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertags  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“ illustrierte Beilage „Volk  
und Zeit“, ferner „Frauenstimme“,  
„Jugend“, „Bild in der Arbeiterwelt“,  
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbeilage“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Die einseitige Konzentration der  
Werksamkeit in der „Klein-  
Angelegenheit“ des jetzigen  
Vorwärts (zwei seitige Beilage), jeder  
weiterer Vorwärts hat einen  
Erfolgsbeitrag des Vorwärts  
15 Pf. mehr als 10 Pf. Vorwärts  
15 Pf. Beiträge zahlen für zwei  
Arbeitsblätter 60 Pf. Familien-  
anzeigen 40 Pf. Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäft Einzahlung 3 wochen-  
täglich von 9 1/2 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abrechnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disck.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

## An die werktätige Bevölkerung Berlins!

Genossinnen und Genossen!

In ernster Stunde ruft die SPD. die werktätige Bevölkerung Berlins zu einer

## großen Kundgebung

auf: **Gegen Krieg und Völkerverhetzung, für Frieden und Völkerversöhnung**

**am Sonntag, dem 2. August 1931, 14 1/2 Uhr  
auf dem Stadion Neukölln, Oderstraße**

Alljährlich scharen sich am Tage des Kriegsausbruchs die klassenbewußten Proletarier Berlins um die rote Fahne der Sozialdemokratie, um gegen die Kriegstreiber zu demonstrieren.

Unsere diesjährige Antikriegskundgebung steht zugleich im Zeichen des Kampfes gegen die kapitalistischen Bankrotteure, die den Volksentscheid zum Sturz der preußischen Regierung eingeleitet und die willige Hilfe zur Aufrichtung der faschistischen Diktatur durch die Kommunistische Partei erhalten haben.

**Männer und Frauen! Jungwähler! Protestiert mit uns gegen Krieg und Kriegsgefahr,  
gegen den Volksbetrug beim Volksentscheid der Nazi, Stahlhelmer, Hugenberg und ihre  
Steigbügelhalter, die Kommunisten!**

### Programmfolge:

**Gemischter und Männerchor** (Arbeitersängerbund) / **Rezitation** (Martha John) / **Ansprachen**  
(Siegfried Aufhäuser, MdR., Otto Meier, MdL.) / **Sprechchor** / **Volkssport Neukölln-Brütz**

Die Arbeitersportler nehmen 14 1/2 Uhr Aufstellung auf dem Stellplatz hinter der Südkurve.

Die Banner und Fahnen der Partei und der SAJ. nehmen 14 1/4 Uhr Aufstellung vor dem Haupteingang zum Stadion an der Oderstraße.

Der Bezirksvorstand Berlin der SPD.

Soz. Arbeiterjugend Groß-Berlin.

## 80 000 greifen an!

Ein Alter schreibt uns:

Wir Bergmänner haben wir gelesen, daß die Zahl der organisierten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen in Groß-Berlin die 80 000 weit überschritten hat. Unser Bergmännchen würde aber noch viel größer sein, wenn jeder und jede — Sozialdemokrat und Sozialdemokratin — der Kerl wäre, der er sein sollte!

80 000 Menschen, die wissen, was sie wollen und die es sich in den Kopf gesetzt haben, etwas Bestimmtes zu vollbringen, sind in Berlin schon eine Macht. Würden diese 80 000 es sich jetzt in den Kopf setzen, die Berliner Arbeiterbewegung zu säubern, sie von dem stahlhelmsüchtigen Maulwurfsbauern- und Gefinnungsstumpentum zu befreien, so würden sie mit ihrer Tat den Ruhm des Herkules übertraffen, der den Augiasstall reinigte.

Wer der Sozialdemokrat von heute ist — leider, leider! — ist nicht mehr der alte Kampfmann. Was nützt nur in diesen Dredzeiten eine still verriegelte Natur, die allen rauhen Tageskämpfen vornehm aus dem Wege geht? So einer sitzt im Wirtschaftshaus, hört die blödesten Lügen über die SPD. — und zahlt und geht und sagt keinen Ton, weil er sich „nicht auf dieses Niveau herablassen“ will. In der Werkstatt hört er die albernen Redensarten eines mouffertigen KPD-Jünglings an — er weiß, er ist diesem albernen Burlesken an politischem Wissen und an Charakter turmhoch überlegen, aber er tritt ihm nicht entgegen, sondern er verachtet und schweigt.

Solche Genossen, denen man heutzutage oft begegnet, sind goldene Seelen, sie würden jeder ethischen Gesellschaft als Zierde dienen, aber sie taugen wenig für eine Kampfpartei. Wir Alten, als wir uns mit Anarchisten, Syndikalisten, Jungen und dem Stickerzeug herumgeschlugen, waren weniger vornehm, aber wir hielten die Bude rein.

Jetzt aber, denke ich, angesichts dessen, was die Kommunisten treiben, angesichts dieses Rotas der Weltrevolutionäre vor Hitler-Hugenberg, angesichts dieses schmutzigsten Arbeiterperrais der Weltgeschichte — jetzt müßte jeden Genossen und jede Genossin eine heilige Wut packen, jetzt müßten sie ihre vornehmen Manieren zum Teufel schicken und den Kampf gegen den Feind im Innern der Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den schlimmsten Arbeiterfeind, den Kommunismus, auf der ganzen Linie aufnehmen!

Wenn 80 000 Genossinnen und Genossen diesen Kampf führen,

wenn sie unter Verzicht auf jede falsche Bornchtheit, die doch nur Mäufelheit ist, in Haus und Betrieb, auf der Straße, in der Stadtbahn, überall wo sich Gelegenheit dazu bietet, als Ankläger gegen den kommunistischen Arbeitererrat auftreten, dann wirkt das auch!

80 000 sind eine Macht, wenn sie sich zu einem gemeinsamen Ziel in Bewegung setzen! Die Arbeiterbetrüger vom Bilanzplan können ihre Koffer packen, wenn es einmal heißt: Die Sozialdemokratische Partei von Groß-Berlin hat sich in Marsch gesetzt!

### 80 000 greifen an!

## Die Kabinettsberatungen.

Um die Normalisierung des Zahlungsverkehrs.

Die Beratungen des Reichskabinetts über die Normalisierung des Zahlungsverkehrs werden am Sonnabend abgeschlossen werden. Ihr Ergebnis wird in neuen Notverordnungen niedergelegt, in denen für die Banken eine völlige Freigabe des Zahlungsverkehrs und für die Sparkasse eine starke Lockerung der gegenwärtigen Zahlungssperre angeordnet werden dürfte.

In diesem Zusammenhang ist die Ernennung eines besonderen Wirtschaftskommissars von der Reichsregierung ebenso wenig beabsichtigt wie die Ernennung eines Bankkommissars. Richtig ist jedoch, daß an den Beratungen des Kabinettsausschusses für Wirtschaftsfragen außer dem Generaldirektor der IG Farbenindustrie Schmitz auch der Berliner Bankier Melchior teilnimmt. Beide haben auf Wunsch der Reichsregierung als Wirtschaftssachverständige bereits an der letzten Londoner Konferenz teilgenommen.

Die Verhandlungen der Reichsbank mit den Vertretern des ausländischen Stillhaltekonfortiums haben in prinzipieller Hinsicht bereits zu einer Verständigung geführt.

### Vorstoß gegen die Ausreiseperrre.

Die Gesandten von Oesterreich, der Schweiz und der Tschechoslowakei haben am Mittwoch im Auswärtigen Amt einen gemeinsamen Schritt gegen die Ausreiseperrre unternommen. Dennoch ist die Hoffnung, daß die Sperre schon in absehbarer Zeit fällt, nach unseren Informationen, unbegründet. Der Reichsfinanzminister hängt zur Zeit noch sehr an seinem Kind, und zwar sowohl aus wirtschaftlichen als auch politischen Gründen.

## Jetzt aber auch Ernst!

Zur Durchführung der Notverordnung gegen die Steuerflucht.

Von einem Steuerfachmann.

Endlich! Diesen Ausruf der Erleichterung konnte man überall hören, wo die Verordnung gegen die Steuer- und Kapitalflucht besprochen wurde. Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren, das ist eine Strafandrohung, die gegen Leute, die ihr Vaterland und ihre Volksgenossen in der schwersten Not im Stich lassen, indem sie ihre Kapital- und Steuerkraft im Auslande verbergen, völlig gerechtfertigt ist. Diese Schädlinge, die nicht unter den armen Proleten, sondern in den Kreisen zu suchen sind, die die Worte „national“ und „Vaterland“ nicht häufig genug im Munde führen können, sollen und müssen entlarvt und an den Pranger gestellt werden!

Mit den hohen Strafandrohungen ist es aber noch nicht getan. Schon nach den bisher geltenden Bestimmungen der Abgabenordnung konnten Steuerhinterzieher, zu denen die Kapitalflüchtlinge zu mindestens 90 Proz. gehörten, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden. Skrupellos haben sich aber diese Herren darüber hinweggesetzt. Waßten sie doch nur zu gut, daß man an maßgeblichen Stellen des Glaubens war, nicht durch Strafen, sondern durch möglichst schonende Besteuerung des Kapitals im Inlande das flüchtige Kapital zur Rückkehr anzuweisen zu können. Die im Gegensatz zu der Belastung der schwachen Schultern geradezu ungeheuerliche Schonung der Besitzenden in der Notverordnung vom 5. Juni d. J. war sicherlich ein Ausfluß dieser Hoffnung, die eitel war. Man verspreche sich auch nicht allzuviel von der erlassenen Amnestie. Jeder, der seinerzeit die Zeit des Erzbergerischen Generalpardons miterlebt hat, weiß, daß selten so viel Steuer zu hinterziehen versucht wurde, wie beim Reichsnotopfer und bei der Kriegsgewinnsteuer. Die Sozialdemokratie hat schon längst richtig erkannt, daß nur energische Strafandrohung die habfüchtigen Triebe abschrecken kann. Soll das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes nicht unheilbaren Schaden erleiden und der erwartete Erfolg erzielt werden, so muß mit der Durchführung der neuen Notverordnung auch wirklich Ernst gemacht werden!

Es muß erwartet werden, daß sich die maßgebenden Kreise von ihren bisherigen Illusionen völlig freigemacht und ihre Anschauungen ganz, aber auch ganz umgestellt haben. Nur so kann der richtige Geist von oben wehen. Niederschlagung von Strafverfahren, Erlasse von Geldstrafen, Rückfichten irgendwelcher Art dürfen nicht mehr vorkommen.

Der Schwerpunkt des Vollzugs der Notverordnung liegt bei den Finanzämtern. Sie müssen die Steuererklärungen, die Bücher und Belege, sowie alles sonst vorhandene Material eingehend nachprüfen, im Verdachtsfalle die erforderlichen Ermittlungen anstellen, Vernehmungen durchführen usw. Erst nach gründlicher Vorarbeit werden sie das Material dem Staatsanwalt zuleiten.

Haben sie zu dieser Mehrbelastung die notwendige Zeit? Trotz der Vereinfachungsmaßnahmen der Dezembernotverordnung ist die Geschäftslage der Finanzämter heute keineswegs eine erfreuliche. Es sollen nur zwei Hauptursachen hierfür herausgegriffen werden.

Zur Zeit sind Zehntausende von Beamten und Angestellten der Finanzämter damit beschäftigt, den ganzen Grundbesitz im Deutschen Reich zu bewerten. Die nach keineswegs einfachen Vorschriften ermittelten sogenannten „Einheitswerte“ sollen die Grundlage werden für die Grundsteuern der Länder und Gemeinden. Bei Steuern des Reichs haben sie nur Bedeutung bei der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer. Zweifellos ist eine für das ganze Reich einheitliche Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer eine schöne Sache. Aber abgesehen davon, daß die jetzt vorgeschriebene Bewertungsnorm für landwirtschaftliche Betriebe nach übereinstimmendem Urteil der Praxis auf die Dauer kaum durchführbar sein wird, sollte man doch meinen, daß in der jetzigen Notzeit unsere Finanzbehörden wirklich Notwendigeres zu tun hätten, als eine große Grundsteuerreform vorzubereiten, die dem Reiche keinen Pfennig Geld bringt; im Gegenteil, ganz abgesehen von den Personalkosten eine große Stange Geld kostet und bestimmt ist, einer Grundsteuerentfernung die Wege zu ebnen. Daher: Schluß mit dieser Arbeit, mindestens soweit sie nicht für die Vermögenssteuer nötig ist.

Noch ein Punkt. Die Abgabenordnung gewährt heute einen Rechtschutz, wie ihn sich nur ein reicher Staat in ganz geordneten Zeitaltern leisten kann. Heute

# Die Ueberwindung der Krise.

## Vorschläge der Gewerkschaften.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat unter Beteiligung des AFA-Bundes in seiner gestrigen Sitzung folgende Entschliessung zur Lage gefasst:

Die erste Lage der deutschen Wirtschaft erfordert entschlossenes und schnelles Handeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der von der Not am härtesten betroffenen Volksschichten erheben daher folgende Forderungen:

1. Damit die Wiederaufnahme der Zahlungen bei privaten und öffentlichen Banken und Sparkassen gleichmäßig und schnellstens gesichert wird, ist die Versorgung mit ausreichenden Umlaufmitteln durch weitere Wechseldiskontierung der Reichsbank notwendig.

2. Um die notwendige Räumung der Warenlager herbeizuführen und die Währung zu sichern, sowie den erforderlichen Druck auf die Abgabe von Devisen- und Notenvorräten auszuüben, darf vor der vorübergehenden Erhöhung des Diskontsatzes der Reichsbank nicht zurückgeschreckt werden.

3. Die Regelung der Rückzahlungen kurzfristiger Auslandsverpflichtungen darf nur durch Vermittlung der Reichsbank erfolgen. Hierbei ist das Stillhalteabkommen durch ein teilweises Auslandsmoratorium zu ergänzen.

4. Der inländische Geld- und Kapitalmarkt bedarf der öffentlichen Kontrolle und Lenkung. Das Reich muß maßgeblich an der Verwaltung der Banken beteiligt werden. Zu diesem Zwecke ist ein Bankenausschuss zu errichten. Zu seinen Aufgaben gehört besonders: die Kreditpolitik der Banken zu kontrollieren, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufzustellen und die Durchführung der Richtlinien zu überwachen.

5. Die ins Ausland und in ausländische Werte geflüchteten Kapitalisten sind der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen. Die bisher erlassenen „Notverordnungen gegen die Kapitalflucht“ beziehen sich nur auf die Flucht in Devisen. Sie sind deshalb zu erweitern:

1. Alle ausländischen Effekten in deutschem Eigentum sind der Reichsbank zum Kauf anzubieten.

2. Die Anmeldepflicht für Devisen ist auf sämtliche Auslandsforderungen ohne Rücksicht auf ihre Höhe und den Fälligkeitstermin auszudehnen.

3. Die Bewilligung von Ausnahmen bei der Devisenablieferung auf Grund der ergangenen Notverordnungen darf nur von der Reichsbank unmittelbar erteilt werden.

Ueber die zur Ueberwindung der augenblicklichen Störung zu treffenden Maßnahmen hinaus sind zur Rückkehr des Vertrauens im In- und Auslande die Reform des Aktienrechts und die Ausdehnung der Kartell- und Monopolkontrolle entsprechend den Forderungen der Gewerkschaften notwendig.

Ebenso dringlich sind Sicherheitsmaßnahmen für die öffentlichen Finanzen und für die Stützung des realen Einkommens der Arbeiterschaft. Der Lohnabbau hat sich als ein Irrweg erwiesen. Um die Läger zu räumen, dürfen Verlustverkäufe nicht gehindert werden. Kartellbenutzungen müssen beseitigt werden. Ueberhöhte Zölle in Landwirtschaft und Industrie sind abzubauen. Die deutsche Außenpolitik muß in erster Linie auf eine Verständigung mit Frankreich gerichtet sein.

## Forderungen der christlichen Gewerkschaften.

Der volkswirtschaftliche Reichstagsabgeordnete Baltrusch, der auch dem Zentralausschuss der Reichsbank angehört, fordert in einem Schreiben an die Reichsregierung und an das Direktorium der Reichsbank die sofortige Doffnung der Schalter der Banken und erhebliche Lockerungen bei den Sparkassen. Gleichzeitig mit dieser Maßnahme soll einhergehen die Herabsetzung des Reichsbankdiskonts auf 20 Prozent und eine erhebliche Erhöhung der Zinsen für eingezahlte Gelder und Spargelder.

Der Zahlungsmittelumlauf könne seitens der Reichsbank ohne Inflationsgefahr auf 6 bis 7 Milliarden Mark vorübergehend heraufgetrieben werden. Gleichzeitig sei eine Stempelung der Noten oder der Notenauftraf in die Wege zu leiten, um die Hamsterer zu fassen.

Außerdem müßten die Zeitungen verboten werden, die jetzt noch dauernd die Währung unterminieren, indem sie zur Flucht in die Sachwerte oder die Sparer zu Abhebungen veranlassen. Am Schluß verlangt Baltrusch weitere beschleunigte Verhandlungen über einen langfristigen billigeren Kredit. Je länger darüber die notwendigen Verhandlungen mit Frankreich hinausgeschoben würden, je schwächer würde unsere Lage bei der Abwehr unerträglicher Bedingungen. Alle staatlichen Mittel seien bereitzuhalten, um die Autorität des Staates in jedem Falle gegenüber allen Heßern und Ruhestörern aufrechtzuerhalten.

müßte auch auf diesem Gebiet nicht nur im Interesse der Entlastung der Verwaltung und damit der Sparsamkeit eine Vereinfachung durchgeführt werden, sondern auch im Interesse der Steuerpflichtigen. Ueber jede Steuerfestsetzung vom Umsatz, Einkommen und Vermögen entscheidet eine Abteilung des Steuerausschusses in der Besetzung von 9, 12 oder 15 Mitgliedern, desgleichen über jede Festsetzung einer Besteuerungsgrundlage, zum Beispiel der Einheitswerte. Gegen diese Entscheidung gibt es den Einspruch, der auch vom Finanzamt, dem beteiligten Lande und der beteiligten Gemeinde eingelegt werden kann. Ueber ihn entscheidet wieder der Steuerausschuss in der gleichen Besetzung. Gegen die Einspruchsentscheidung kann Berufung zum Finanzgericht eingelegt werden, das unter Mitwirkung von drei Beamten in der Besetzung von sieben Mitgliedern entscheidet. Ueber die weiter zulässige Rechtsbeschwerde entscheiden fünf hohe Richter des Reichsfinanzhofes.

Eine Vereinfachung hat die Dezemberverordnung nur insoweit gebracht, als bei einem Streitwert bis 100 M. das Finanzgericht nach freiem Ermessen entscheiden kann, und daß bei einem Streitwert bis 200 M. die Rechtsbeschwerde ausgeschlossen ist. Dazu kommt ein peinliches, höchst kompliziertes Verfahren, so daß es kein Wunder ist, wenn oft Jahre vergehen, bis eine Steuer endlich rechtskräftig festgesetzt ist, der Pflichtige infolge des in der Zwischenzeit gehaltenen Wergers auch durch einen Erfolg seines Rechtsmittels sich nicht mehr freuen kann.

Hier tut eine Vereinfachung dringend not, besonders in den Fällen, in denen keinerlei Bücher vorliegen, mithin nur eine Schätzung möglich ist. Bei Erledigung der Rechtsmittel wirken nur qualifizierte Kräfte mit, beim Finanzgericht fast ausschließlich Juristen. Diese Kräfte für die Durchführung der Notverordnung freizumachen, wäre ebenfalls ein Gebot der Stunde!

## Schreiendes Steuerunrecht.

### Zahlen sprechen Bände.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht jetzt die Einnahmen des Reiches für den Monat Juni und für das gesamte erste Quartal des laufenden Steuerjahres 1931/32.

Gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr Januar bis März 1931 weisen die Steuereinnahmen des Reiches einen erschreckenden Rückgang auf. So sind von April bis Juni an Besitz- und Verkehrssteuern nur 1171,3 gegen 1392,8 Millionen Mark in dem vorhergehenden Quartal eingegangen. An Zöllen und Verbrauchsabgaben kamen in den abgelaufenen Monaten nur 636,6 Millionen auf, was einen Rückgang von 118 Millionen gegenüber dem vorhergehenden Quartal bedeutet.

Es liegt auf der Hand, daß die Fortsetzung eines derartig scharfen Rückganges an Steuereinnahmen für das Reich und damit für die Gesamtheit schwerste Folgen nach sich ziehen muß. Die Frage liegt nahe, an welchen Stellen diese gemaltigen Löcher im Steuerfächer des Reiches entstanden sind. Bei näherer Untersuchung zeigt sich, daß der Rückgang der Steuereinnahmen in der Hauptfache auf die veranlagten Einkommen und auf die Körperschaftsteuer entfällt. Andererseits haben die Lohn- und Gehaltsempfänger, also die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, der die Steuer sofort von ihrem letzten Wochen- oder Monatsverdienst abgezogen wird, über 25 Millionen mehr aufgebracht als im vorhergehenden Quartal. Die Steuerlast hat sich also in der Krise ganz wesentlich zugunsten der breiten Massen verschoben.

Damit aber noch nicht genug, zeigt sich in dem angefügten Bericht des Reichsfinanzministeriums, daß die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse bei den zur Einkommensteuer Veranlagten vielfach zu Erstattungen, also zu Rückzahlungen, eines Teils der im vorangegangenen durchgeführten Vorauszahlungen geführt hat. Während also die Notverordnung vom 5. Juli nicht davor zurückgeschreckt ist, den Vermögen der Armen, nämlich den erwerbslos gewordenen Lohnsteuerzahlern die Erstattungen zu streichen, muß das Reichsfinanzministerium selbst zugeben, daß bei den veranlagten Einkommen in großem Umfang Erstattungen vorgenommen worden sind. Dazu kommt aber noch, daß die weiche Politik des Reichsfinanzministeriums, die wir bereits im gestrigen „Abend“ kritisiert haben, Steuerstundungen in einem Umfang duldet, die bei der gegenwärtigen angespannten Lage in keiner Weise angebracht sind und sich unter allen Umständen verhängnisvoll auswirken müssen.

Es ist ein ganz unhaltbarer Zustand, daß man in einer Krise, deren Lasten zum allergrößten Teil auf die Schultern der wertvollen Bevölkerung abgewälzt sind, die besitzenden Schichten, die schon bei der Steuerzahlung mit Glacéhandschuhen angefaßt werden, während bei den kleinen und kleinen Steuerzahlern mit größter Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird.

## Wofür die Kommunisten eintreten.

### Die Front der Kaiserlichen.

Das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot, Front der Kaiserlichen“ (Geschäftsstelle: Berlin S 42, Brandenburgstr. 22), erläßt folgende Kundgebung:

„Das deutsche Volk ist in seiner großen Mehrheit noch gesund, noch arbeitswillig und arbeitsfähig. Es kann sich noch immer, auf die eigene Kraft gestützt, aus seiner durch den Marxismus verschuldeten Postlage befreien. Es braucht nur andere Führer, und die sind da in der willensstarken Opposition, die geschlossen hinter diesen Führern steht.“

Am 9. August, dem Tage des Volksentscheides, wird in Preußen auch für das Deutsche Reich die Entscheidung fallen, ob unser Volk der marxistischen Irreführung weiter folgen, oder sich zu den Führern bekennen will, die in vollkommener Abkehr von den Methoden heutiger Staatsführung in erster Linie die Interessen des eigenen Volkes wahrzunehmen befähigt und willens sind.

Hugenbergs mahnendes Wort „Es gibt nur ein Entweder — Oder“, entweder eine starke, von den gesunden nationalen Kräften des deutschen Volkes getragene Regierung oder Bolschewismus, ist nicht die Prophezeiung irgendeines beliebigen Politikers, sondern das Wort eines die kommende Entwicklung übersehenden, die Lage beherrschenden Staatsmannes. — Am 9. August fällt die Entscheidung über dies „Entweder — Oder“.

Sejmarchall Dajinski schwer erkrankt. Der Führer der polnischen Sozialisten und ehemalige Sejmarchall Dajinski ist schwer erkrankt. Es besteht kaum noch Hoffnung auf seine vollständige Wiedergenesung.

## Scharfmacherniveau.

### Sittliche Entrüstung über Tee, Kets und Pfeifentabak.

Wie das Scharfmachertum seine niedrige Heße gegen sozialdemokratische Führer betreibt, kann man dieser Tage wieder anlässlich des Besuchs des Genossen Macdonald studieren. Der Empfang des Mannes, der immerhin als Chef des größten Weltreiches und als Freund zu uns gekommen ist, hat sich in den denkbar schlichtesten Formen abgespielt. Das hindert ein ausgesprochenes Unternehmertum, die „Berliner Börsen-Zeitung“ nicht, an die Bootsfahrt auf der Havel, zu der Genosse Braun die englischen Gäste eingeladen hatte, folgenden Kommentar zu knüpfen:

„Freißen tauchend, auf der Reeling der besagten Staatsbarke „Rat“ mit „galouniformiertem Kapien“ sitzend, ja, da sieht man eben nicht hin auf die Massenopfer sozialistischer Staats- und Parteipolitik. Da merken sie nicht, die Vertreter der zweiten Internationale, wie weit sie es mit ihren famosen Theorien endlich gebracht haben. Auf dem Tisch der Kabine standen „12 Legebeds, einige Kets, Kouskett, Zigarren und, als besondere Aufmerksamkeit für Macdonald, „Pfeifentabak“. Wie herauschend proletarisch einfach!“

O ja, welche Schlemmerlei, wenn man dagegen die spartanische Einfachheit hält, mit der z. B. die Bollkönige Lahusen auf ihrem Schloß „Hohehorst“ gehaust haben. Man muß nur an die Kermlichkeit der 107 Palasträume von Hohehorst, an die 12 Warmbadezimmer, an den Schloßpark in der Größe des Parks von Sanssouci denken, um sich dann mit sittlicher Entrüstung über eine Bootsfahrt mit Tee, Gebäck und Pfeifentabak vollzupumpen! Das deutsche Unternehmertum, dessen vielgepriesene Wirtschaftskapitäne — siehe Lahusen, Karstadt, Stinnes, Raiffeisen, Danat, Schröder, Kunstseide usw. — gleichermaßen durch Verschwendungssucht wie Unfähigkeit die deutsche Wirtschaft in den Bankrott geführt haben, es ist zu Moralpauken über Kets und Pfeifentabak wirklich berufen!

Die Pressekulis dieser Herrschaften aber erzählen alle Tage, daß die Sozialdemokratie aus innenpolitischer Berranntheit zu wahrhafter Außenpolitik unfähig sei. Offenbar halten es diese Herrschaften für eine nationale, Deutschland fördernde Außenpolitik, wenn sie anlässlich des freundschaftlichen Besuchs eines fremden Staatsleiters die Dreidigkeit ihrer Gesinnung vor aller Welt an dem Gast ausatoben. In England, wo die Führer der Oppositionsparteien längst gemeinschaftlich mit Macdonald auf einer Friedenstundegehung sprachen, dürfte man diesen „deutschen“ Manieren ziemlich faßungslos gegenüberstehen.

## Unternehmer diskutieren die Lage.

### Ablenkungsversuche bleiben das Wichtigste.

In Berlin traten am 29. Juli Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, in der die gegenwärtige Währungs- und finanzpolitische Lage eingehend diskutiert wurde.

Das einleitende Referat hielt der bekannte westdeutsche Industrielle Dr. Silberberg, der nunmehr völlig im Fohrmasser der schwerindustriellen Gedankengänge schwimmend, sich im wesentlichen in Angriffen gegen die öffentliche Verwaltung und Wirtschaft erschöpfte. Er glaubte diese Angriffe und die Forderungen nach Konsolidierung der kurzfristigen Länder- und Gemeindeverschuldung damit motivieren zu können, daß die Industrie selbst bereit sei, die notwendigen Veränderungen in der Kreditpolitik der Privatwirtschaft zu verlangen. Er vergaß nur hinzuzufügen, daß die leichtfertige Kreditpolitik und die gesunkene Moral der deutschen Privatwirtschaft das ganze Land jetzt an den Rand des Verderbens gebracht hat.

Nach dem folgenden Referat von Dr. Kasl wurde in der Diskussion besonders der Forderung auf Wiederherstellung des den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung tragenden Notenumlaufs der Reichsbank Ausdruck gegeben. Wenn sich auch ein hoher Reichsbankdiskont nicht vermeiden lasse, so dürfe er doch nur für eine kurze Uebergangszeit in Aussicht genommen werden. Die Zwangsbewirtschaftung der Devisen und das Ausfuhrverbot für Reichsmarknoten wurde gebilligt. Scharfe Kritik fand dagegen die Verordnung über die Ausreisegelder.

## Der Bericht der Bankfachverständigen.

### Am Ende der Woche. — Macdonald in London.

London, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Macdonald ist am Mittwochabend aus Berlin kommend im Flughafen von Hendon eingetroffen. Als er den Flugplatz verließ, gab er folgende Erklärung ab:

„Unsere Unterhaltungen in Berlin waren sehr zufriedenstellend und erfolgreich. Wir hoben über alles gesprochen, was Europa betrifft, aber unser Werk ist noch nicht vollendet. Bevor weitere Schritte unternommen werden, müssen wir den Bericht der Bankfachverständigen abwarten, die noch in Berlin sind. Wir werden weitere Konferenzen haben, aber wann und wo kann ich noch nicht sagen.“

Amsterdam, 29. Juli.

Der britische Premierminister Macdonald ist heute um 15 Uhr auf dem Rotterdamer Flughafen Waalhaven gelandet. Er wurde vom englischen Gesandten und dem übrigen Personal der englischen Gesandtschaft empfangen. Auch ein Vertreter des niederländischen Auswärtigen Amtes war zur Begrüßung erschienen.

Vor seinem Abflug erklärte Macdonald Pressevertretern, daß kein Grund dafür vorhanden sei, das Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes zu verlieren. Eigenart und Kraft dieses Volkes seien ein Beweis dafür, daß es alles tun werde, was nur möglich sei, um die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Dazu brauche es aber die Hilfe anderer, namentlich der BZ, Augenblicklich werde unterlucht, in welcher Weise eine Lösung zu finden sei. Dem zu diesem Zweck zu ernennenden Ausschuss würden wahrscheinlich drei oder vier Deutsche angehören.

Die Bankfachverständigen werden ihren Bericht wahrscheinlich noch in dieser Woche fertigstellen und an Macdonald, als dem Vorsitzenden der Londoner Konferenz, weiterleiten.

## Erst Rom, dann Lavals Besuch in Berlin.

Ein Termin für den Besuch des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers in Deutschland steht bisher noch nicht fest. Es ist aber so gut wie sicher, daß Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaußenminister Dr. Curtius vor dem Besuch der französischen Minister der Einladung der italienischen Regierung nach Rom nachkommen werden.

## Die Furcht vor den Sachlieferungen.

Brüssel, 29. Juli.

Die Hauptabordnung der Metallarbeiter Belgiens hat heute vormittag dem Ministerpräsidenten die Beunruhigung dargelegt, die sich bei den Arbeitern der Maschinenfabriken infolge der Pressekommentare bemerkbar macht, nach denen in Durchführung des Hoover-Planes Maschinen von Deutschland als Sachlieferungen geliefert werden sollen. Ministerpräsident Renkin erwiderte, daß in jedem Falle der belgische Maschinenbau von den deutschen Sachlieferungen nichts zu befürchten hätte.

## Lond George operiert.

London, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Der Führer der Liberalen Partei, Lond George, hat sich am Mittwoch einer Nierenoperation unterziehen müssen. Die Operation ist gut verlaufen. Die Ursache für die Nierendrüsen, die Anlaß zu dem ärztlichen Eingriff gaben, wurde nach Mitteilung der Ärzte durch den operativen Eingriff völlig beseitigt. Die Ärzte weisen jedoch in einem Bulletin gleichzeitig auf den schweren Charakter der Operation hin.

Bomben in Kairo. In dem Hause der rechten Hand von Nubas Pascha, dem Direktor des Klubhauses der Opposition, explodierte in der Nacht zum Montag gegen 2 Uhr 30 Min. eine Bombe. Wenige Tage zuvor wurde im Garten des Justizministers eine Bombe zur Explosion gebracht. Die Attentäter sind unbekannt.

# Besuch in der Kinderrepublik.

Weit unten im Tal liegen die Zelte der Kinderrepublik. Heute herrscht dort geschäftiges Treiben: es ist Sonntag. Eltern kommen aus der nahen Stadt, um ihre Kleinen zu besuchen und die Bauern aus der Umgegend wollen sich dieses neue Ereignis in ihrem gleichmäßigen Leben natürlich auch anschauen. Und für diese vielen Gäste müssen Vorbereitungen getroffen werden. Zelte werden geschauert, Schuhe gepuht und nicht zuletzt der eigene Körper im nahen Fluß einer gründlichen Reinigung unterzogen. Dann kommen sie alle; die besorgten Mütter und die tüchtigen Väter, jedes ein dickes Paket mitbringend. Aber sie mußten sich über-



Das Zeltlager im Lahntal, vom Naturfreundehaus gesehen.

zeugen, daß ihre Kinder auch ohne Sondergaben vorzüglich untergebracht sind. Selbst bei kaltem Regenwetter ist es auf den Strohfäden in den dichten Zelten warm und gemütlich. Und wenn gar die Sonne lacht, kann es gar keinen besseren Platz geben, als hier inmitten von Wald, Wieseg und Wasser.

„Und gibt es denn auch genug zu essen?“, fragt eine besorgte Mama.

„Oh, mehr als wir vertragen können“, antwortet das ganze Zelt, „und gestern abend gab's Heidelbeeren. hm, war das fein. Wir wollten, es gäbe zu Hause auch immer so Vieles und Gutes.“

Am Nachmittag zeigen dann die Sören, was sie alles können: Sprechspiele und Musikkapellen gestalten eine ernste Feier. Später wird es mit Zirkusaufführungen und Volkstänzen lustiger, bis die Abschiedsstunde schlägt und die Eltern mit einem kräftigen „Freundschaft“ ihre Kinder gern in der Obhut der Helfer und in gesunder Natur zurücklassen.

## Dorf 3 in Gefahr!

Aus der Kinderrepublik „Lübecker Bucht“.

Achthundert Falken aus Berlin und Brandenburg hatten ihre Zelte, so schreibt man uns aus der Kinderrepublik „Lübecker Bucht“, aufgebaut. Sechs Dörfer standen. Am vierten Tag setzte Regenwetter ein. „Morgen wird es wieder schön“, hieß es. Aber auch am nächsten Morgen hing der Himmel voll grauschwarzer regenschwerer Wolken. Immerzu regnete es. Der steinharte Boden wurde weich und klitschig. Soll sich eine Kinderrepublik vom Regen einschüchtern lassen? Nein! Und das große

Zelt war ja da. Dort versammelten sich alle Kinderrepublikaner zur Vollversammlung. Alle standen sie weiter zur Kinderrepublik! „Mag es regnen, wir halten Disziplin, wir werden durchhalten!“ Dann spielte der Kasper im großen Zelt. Was gab das für einen Spaß! Man wußte schon gar nicht, daß draußen so unfreundliche Wettergesellen am Werk sind. Der Sturm wurde gegen Abend heftiger. Trotzdem verlief auch dieser Tag glänzend. Regen und Sturm ließen nicht nach. Alle Zelte wurden gut verschlossen, die Zeltgräben nachgesehen, die Abflußgräben tiefer gegraben, die Spannung nachgesehen, die Heringe tiefer in die Erde geschlagen. Der Sturm tobte um die Zelte. Wie rollender Donner hörte sich das im Zelt an. Unaufhörlich plätscherte der Regen.

Raum ertönte der Ruf, und schon war Hilfe da. In Dorf 3 wollte das Wasser die Oberhand gewinnen. Alle wollten dem Dorf helfen: Helfer, Rote Falken, ja sogar Jungfalken wollten mittun. Tiefe Gräben wurden gezogen, um das Wasser abzuleiten.

Da ging die Geschichte auch schon im Dorf 6 los. Das Dorf auf dem Berge kämpfte mit dem Sturm. Vier Zeltgemeinschaften mußten ausziehen. Es waren Jungfalken. Sofort wurde in anderen Zelten für die Betriebenen Platz freigemacht. Die Roten Falken nahmen die Jungfalken auf. „Wie in Seelamp“, sagten sie, „wir sind zu jeder Hilfeleistung bereit!“ Alle anderen Zelte hielten stand. Nur im großen Zelt wütete der Sturm mit stärkerer Wucht. Von allen Seiten kamen die Windstöße und sammelten sich in dem weiten Raum, bis durch einen ungeheuren Stoß das Riesenzelt zusammenbrach. Das war ein schwerer Verlust. Nichts blieb als ein Trümmerhaufen. „Wie ein abgestürzter Flieger sieht das aus“, sagten die Falken.

Das Unwetter ist vorüber. Was hat es in der Kinderrepublik angerichtet? Zu Schaden ist niemand gekommen. Aber das, was selbstverständlich erwartet wurde, hat eingetroffen: erhöhte Solidarität, gesteigerte Hilfsbereitschaft, starkes Zusammenhalten. Das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Kinderrepublik wuchs. Noch einen anderen Gewinn können wir buchen: Das schlechte Wetter hat den Ersindergeist der Falken angeregt, hat sie noch arbeitsfreudiger werden lassen. Neue Möglichkeiten entstanden, um die Zelte noch besser vor Wind und Wetter zu schützen. Nach Zeitungsberichten soll auch in Berlin ein Unwetter gewesen sein. Dort wurden



Sonntäglicher Besuch.

Häuserdächer beschädigt. Bei uns hat kein Falke Schaden genommen. Im Gegenteil: Wir können stolz auf unsere Kinderrepublik sein, in der wir in dieser Situation sozialistische Gemeinschaft erlebten.

## Zeppelin auf Rückflug.

Heute Eintreffen in Leningrad.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ in den Vormittagsstunden des 29. Juli wieder über Nowaja Zemlja. Nach weiteren bei der Hamburg-Amerika-Linie eingetroffenen Meldungen hat das Luftschiff „Graf Zeppelin“ Kurs auf Leningrad genommen, wo es heute eintreffen wird.

Friedrichshafen, 29. Juli.

Der Funkleiter der Landstation des Luftschiffbaues, Sped, der auf Veranlassung Dr. Ekeners mit einigen Mitgliedern der Deutschen Betriebsgesellschaft für drahtlose Telegraphie während der Polarfahrt des Luftschiffes die Beobachtung des Funkdienstes bei der Bodenfunkstelle übernommen hat, teilt mit, daß mit einer Funkverbindung nach Uberschreiten des 80. Grades (Polargrenze) nicht mehr gerechnet wurde. Etwas Hoffnung, die allerdings für die Nachtzeiten vorhanden war, erfüllte sich nach Uberschreiten der Polargrenze nicht mehr. In der Nacht verkehrte das Luftschiff mit dem Dampfer „Resolute“, der sich auf der Fahrt von Reykjavik nach Spitzbergen befindet. Die letzte direkte Verbindung, die die hiesige Funkstelle mit dem Luftschiff hatte, war in der Nacht von Montag auf Dienstag mit recht guter Lautstärke. Die verobredeten Zeiten mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin“ werden bei Tag und Nacht immer genau eingehalten, jedoch konnte selbst die Großfunkstelle Norddeich keine Verbindung mehr mit dem Luftschiff erhalten. Telegramme, die im Laufe des Montag einliefen, beförderte das Luftschiff über die Küstenfunkstelle Bardö, die sie teils durch Funktelegraphie, teils durch Kabel weiterleitete. Daß man aus der Polarregion vom Luftschiff auf Kurzwelle nichts mehr hörte, ist lediglich auf besondere atmosphärische Verhältnisse zurückzuführen, zumal dort keine Nacht, sondern nur ein vorübergehender Dämmerzustand herrscht, der vermutlich und erfahrungsgemäß die Kurzwellen in ihrer Ausdehnung beeinträchtigt.

## 180 000 Mark unterschlagen.

Wettleidenschaft eines Kölner Büroangestellten.

Köln, 29. Juli.

Wie das Städtische Presseamt mitteilt, wurde gestern bei einer unerwartet vorgenommenen Revision bei der städtischen Beschaffungsstelle umfangreiche Unterschlagungen aufgedeckt. Die unterschlagene Summe beläuft sich, wie die Nachprüfung ergab, auf 180 000 Mark. Die Verleugnungen reichen drei Jahre zurück. Der schuldige Büroangestellte Kersch war seit 1919 Angestellter der Stadt Köln und hatte in den verschiedenen Verwaltungsstellen, in denen er beschäftigt war, ungetrübtes Vertrauen genossen. Seine bescheidene Lebensweise ließ nie irgend einen Verdacht gegen ihn aufkommen. Er machte äußerlich einen fast ärmlichen Eindruck. Zum Verhängnis ist ihm seine Wettleidenschaft geworden. Bei seiner Vernehmung gab er an, er habe zu drei Buchmachern in Köln in Beziehung gestanden und gelegentlich mehrere tausend Mark auf ein Pferd gesetzt.

## Heringsfegen aus deutschen Fängen.

Täglich werden jetzt gewaltige Mengen Heringe aus deutschen Fängen angebracht. Die diesjährigen Heringeschwärme zeigten sich etwas früher als im Vorjahre. Die deutschen Fischer haben zurzeit alle Hände voll zu tun, um den reichen Heringsfegen zu bewältigen. Durch den Hering erhalten wir bekanntlich auch den Bückling (den geräuchernden Hering) sowie die verschiedenen anderen Heringsprodukte.

12 Stühle  
VON  
I. ILF UND  
F. PETROW

„Ordnung muß sein,“ murmelte er, „jede fremde Kopeke muß notiert werden.“

Dann begab sich der große Kombinator auf einem Bergweg eilig zum Abhang.

Eine schmale, in den Felsen gehauene Galerie führte in eine kegelartige, sich nach oben hin verengende Schlucht. Die Galerie mündet in einen kleinen Balkon, von dem aus man in der Tiefe der Schlucht die kleine Pflanze einer malachitfarbenen stinkenden Flüssigkeit sehen konnte. Diese Schlucht gehörte zu den Sehenswürdigkeiten von Pjatigorsk und täglich besuchten sie viele Exkursionen und eine Menge Touristen.

Ostap hatte die Sachlage sofort übersehen und war zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Schlucht für einen vorurteillosen Menschen eine gute Einnahmequelle bilden konnte.

— Wertwürdig — dachte Ostap — wieso ist diese Stadt bis jetzt noch nicht auf die Idee gekommen, für die Schlucht Eintrittsgeld einzubehalten? Ich glaube, es ist dies der einzige Ort, an den die Pjatigorskter die Touristen kostenlos hineinlassen. Ich werde diesen Schandfleck auf dem Ruf der Stadt ausmerzen und die Nachlässigkeit korrigieren.

Und Ostap handelte, wie ihm sein Verstand, der gesunde Instinkt und seine Situation diktierten.

Er postierte sich am Eingang in die Galerie, schwenkte seinen Billettstock in der Luft und rief von Zeit zu Zeit aus: „Bitte, Karten zu lösen. Bürger zehn Kopeken, Kinder und Rotgardisten Eintritt frei. Studenten fünf Kopeken. Wer nicht Mitglied von Berufsverbänden ist, dreißig Kopeken.“

Ostap hatte richtig kombiniert. Die Pjatigorskter besuchten die Schlucht nicht und es war leicht, von einem Sowjet-Touristen zehn Kopeken Eintrittsgeld, wohin es auch sei, zu bekommen. Gegen fünf Uhr hatte Ostap bereits sechs Rubel einkassiert.

Gegen Abend langten zwei Droschken mit einer Exkursion Charlottower Miliz bei der Schlucht an. Ostap erschrak und wollte schon das Gebahren eines harmlosen Touristen annehmen, die Milizleute aber näherten sich bereits schüchtern

dem großen Kombinator, so daß ein Rückzug unmöglich war. So rief denn Ostap mit ziemlich fester Stimme: „Mitglieder von Verbänden zehn Kopeken, da aber Angestellte der Miliz als Studenten oder Kinder angesehen werden können, so zahlen sie fünf Kopeken.“

Die Beamten der Miliz zahlten und fragten diskret, zu welchem Zweck dieses Geld verwendet würde.

„Zur gründlichen Restaurierung der Schlucht,“ erwiderte Ostap dreist, „damit sie nicht so abschüssig ist.“

Während der große Kombinator derart geschickt mit der Aussicht auf die malachitfarbene Pflanze handelte, stand Worobjew gebückt unter einem Maziendbaum und laute, vor Schande glühend, an den beiden Sähen, die ihm der große Kombinator eingetrichtert hatte.

„Messieurs, je ne mange pas... Geben Sie mir bitte... Geben Sie dem Duma-Deputierten etwas...“

Die Leute gaben Geld her, aber mißlaunig.

„Geben Sie dem gewissen Dumamitglied etwas!“ murmelte der Vorstehende.

„Sie waren also wirklich Mitglied der Duma?“ vernahm Worobjew an seinem Ohr. „Sie waren tatsächlich bei den Sitzungen anwesend? Ach, ach! Hohe Klasse!“

Worobjew hob die Augen und war starr. Der dicke Aweffalom Wladimirowitsch Ignurenkow sprang wie ein Sperling vor ihm her. Er hatte seinen braunen Lodger Anzug gegen einen weißen Rock und eine hellgraue Hose eingetauscht. Ignurenkow hatte Worobjew nicht erkannt und überschüttete ihn mit Fragen.

„Sie haben also wirklich Rodzianko gesehen? War Purischkewitsch wirklich kahlköpfig? Ach, ach! Welches Thema, was für Perspektiven! Hohe Klasse!“

Ignurenko drückte dem überraschten Vorstehenden einen Dreirubelschein in die Hand und lief davon. Und lange noch war seine dicke Gestalt im Blumengarten zu sehen und man hörte, als töne es von den Bäumen: „Ach, ach! Meine Schöne, sänge mir nicht die Lieder des traurigen Georgien! Ach, ach! Sie erinnern mich an ein anderes Leben und an fremde Länder!... Und am Morgen, da lächelte sie wieder... Hohe Klasse!“

Worobjew aber stand andauernd da, mit gesenktem Blick. Und schade, daß er so dastand, er sah vieles nicht.

In der duffenden Dunkelheit der Pjatigorskter Nacht spazierte Elly Schtulina in den Parkalleen und schleppte den milden Ernst Pawlowitsch mit sich, der sich indes mit ihr versöhnt hatte. Die Reise in den Kurort war die letzte Phase in dem schweren Kampf mit der Banderbilt-Tochter. Die stolze

Amerikanerin hatte nämlich kürzlich eine Bergnugungsfahrt zu den Sandwich-Inseln unternommen.

„Ho—ho!“ tönte es in der nächtlichen Stille. „Schön, Ernestulja! Wunder—bar!“

Und im Büfett, vom Licht der Lampen beleuchtet, sah der Dieb Alchen mit seiner Gemahlin Salschi. Ihre Wangen waren wie früher mit dem Kaiser-Nikolai-Badenbart geschmückt. Alchen ah verschämt gebratenes Schöpfensfleisch und trank dazu Kachetinski-Wein N2, Salschi liebte ihre Badenbart und wartete auf den bestellten Störfish.

Nach der Liquidation des sozialen Fürsorgehauses war alles verkauft worden, einschließlich der Leinenmühe des Koches und der Devise: „Wenn du die Nahrung sorgfältig durchläufst, so hilfst du der Allgemeinheit.“ Alchen hatte beschloffen, auszuruhen und sich zu amüsieren.

Worobjew ging erst zur Quelle, als die Musiker ihre Instrumente zusammenlegten. Das Sonntagspublikum entfernte sich langsam, und nur die Liebespaare blieben in den Allen des Blumengartens zurück.

„Wienel hat es getragen?“ fragte Ostap, als die gebückte Gestalt des Vorstehenden an der Quelle erschien.

„Sieben Rubel neunundzwanzig Kopeken. Ein Dreirubelschein darunter, alles andere Silber und Kupfer.“

„Für ein erstes Auftreten wunderbar. Kissa, Sie gefallen mir! Ich möchte aber wissen, welcher Rarr Ihnen den Dreirubelschein gegeben hat!“

„Ignurenkow hat mir ihn gegeben.“

„Nicht möglich! Aweffalom? Die Kugel? Wo ist sie hingekollt? Haben Sie mit ihm gesprochen? Ach, er hat Sie wohl nicht erkannt!“

„Er hat mich über die Duma ausgefragt und war vergnügt.“

„Sehen Sie, Vorstehender, es ist gar nicht so schlimm, Bettler zu sein, besonders bei mittelmäßiger Bildung, und wenn man dazu die richtige klägliche Stimme hat! Auch ich, Kiffotscha, bin indessen nicht müßig gewesen. Fünzehn Rubel. Es wird langen!“

Am andern Morgen bekam der Monteur das Geld und brachte am Abend zwei Stühle. „Den dritten Stuhl zu nehmen, war nicht möglich“, sagte er, „das Orchester hat darauf Karten gespielt.“

Die Freunde stiegen bis auf den Gipfel des Berges Maschul, um in Sicherheit zu sein.

Ostap sah gegen den sternbedeckten Himmel und nahm die erprobte Zange aus der Tasche.

(Fortsetzung folgt.)

# Urteil im Kommunistenprozeß.

2 Angeklagte Zuchthaus, 17 Angeklagte Gefängnisstrafen.

Das Landgericht III verurteilte unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Behringer in dem Prozeß gegen die zwanzig Kommunisten, die angeklagt waren, im März dieses Jahres in Hohenhausen einen Nazitrupp überfallen zu haben, die Angeklagten Klemke und Winkler wegen versuchten Totschlags, schweren Landfriedensbruchs und Verstoß gegen die Notverordnung zu zwei Jahren resp. zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus, 16 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von neun Monaten resp. einem Jahr und den jugendlichen E. zu vier Monaten Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Der Angeklagte B. wurde freigesprochen. Mit Ausnahme von Klemke und Winkler wurden sämtliche Angeklagten, sofern sie sich in Haft befanden, auf freien Fuß gesetzt.

Es ist tief bedauerlich, daß verhehete Menschen ins Gefängnis fallen, und man kann nur die Hoffnung aussprechen, daß sie wenigstens für einen Teil der Strafe Bewährungsfrist erhalten. Andererseits wird man dem Gericht Recht geben müssen, wenn es die Planmäßigkeit des Ueberfalls als festgestellt erachtet hat. Es berief sich dabei auf die Aussagen der Angeklagten selbst, die bis in Einzelheiten gehende Schilderungen gaben über die Vorbereitungen, über die Zusammenziehung der Staffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus, über die Führerbefehle und über die Verteilung der Kommunistentruppen in den Lokalen; sie belasteten auch schwer ihre Genossen. Das Gericht kam auf Grund eingehender Betrachtungen zu dem Schluß, daß die planmäßigen Vorbereitungen einem Ueberfall auf die Nationalsozialisten gegolten hätten. Hier gelangt man zu dem entscheidenden Punkte. Zum zweiten Male in wenigen Wochen erlebte man in Moabit einen Prozeß, in dem sich zweifelsfrei ergab, daß Kommunisten einen planmäßigen Ueberfall verübt haben. In dem Prozeß gegen Achtenberg und Genossen, die in der Wilhelmstraße auf Nationalsozialisten geschossen haben, ist dies vom Verteidiger zugegeben worden; in diesem Prozeß von den Angeklagten selbst. Wie damals so auch jetzt beriefen sich die Kommunisten auf die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß die Nationalsozialisten sich einer Anzahl von Morden an kommunistischen Arbeitern schuldig gemacht haben. Wenn die Kommunisten daraus die Schlußfolgerungen ziehen wollten, daß sie berechtigt seien, sich mit allen Mitteln gegen derartige Ueberfälle zu wehren, ja, wenn sie in dem einen oder anderen Fall einen spontanen Uebergriff ihrer Genossen rechtfertigen wollten — das wäre ohne weiteres begreiflich. Es heißt aber Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten gießen, wenn man ohne besondere Ursache planmäßig Ueberfälle organisiert, ganz so, wie es die Nationalsozialisten selbst tun. Man begibt sich auf diese Weise des Rechts, den Ankläger gegen die mordenden Nazis zu spielen.

## Eine nicht alltägliche Geschichte.

Wie der Wanderbursche zu einem Sohn kam.

Ein achtzehnjähriger Arbeiter unterhält eine Liebschaft mit einem Mädchen. Ein Kind kommt zur Welt; der achtzehnjährige soll der Vater sein. Er bestreitet seine Vaterschaft. Der Ausschuh des Kreises Niederbarnim verklagt ihn auf Alimamente. Ein Termin wird anberaumt. Der Richter sieht sich in schwieriger Lage: der Beklagte ist minderjährig. Die Sitzung wird vertagt, damit ein Vormund ernannt werde. Das geschieht. Zum neuen Termin sind zwar Mutter des Kindes und Vormund anwesend, nicht aber der Beklagte. Er befindet sich auf Wander; schaft. Der Vormund kennt sein Mündel nicht; als er ernannt wurde, war dieser schon weg. Er erkennt aber dessen Vaterschaft an, das Urteil lautet: Zahlung von Alimentern, 66 M. vierteljährlich. Das war im 1923.

Der Wanderbursche läuft die Landstraßen bergauf, bergab, läßt sich den Wind um die Nase wehen, zieht von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, fängt neue Liebschaften an, macht sich keine Gedanken wegen der möglichen Folgen und ahnt nicht, daß er

# Das eigene Kind ermordet.

Furchtbare Tat einer Geisteskranken.

Eine furchtbare Tragödie spielte sich gestern im Hause Pestalozzistraße 11 in Charlottenburg ab. Vermutlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit schnitt die 36 Jahre alte Frau Emma Drems ihrem 4jährigen Töchterchen die Kehle durch und versuchte dann selbst ihrem Leben ein Ende zu bereiten. Der Mann der unglücklichen Frau, der 32jährige Tischler Walter Drems, der beim Nachhausekommen die entsetzliche Tat entdeckte, wurde von Verzweiflung gepackt und versuchte, sich vor ein Auto zu werfen. Nur mit Mühe konnte der Mann von Hausbewohnern an seinem Vorhaben gehindert und im letzten Augenblick vom Fahrdamm zurückgerissen werden.

Drems war lange Zeit arbeitslos und seine Familie hatte unter wirtschaftlicher Not, die heute alle Arbeitslosen bedrückt, sehr zu leiden. Ständig war er auf Arbeitsuche, bis es ihm vor einigen Tagen gelang, im Hause Konstanzer Straße 55 eine freigewordene Portierstelle zu erhalten. Frau D. war offenbar mit dem Wohnungswechsel und ihrer neuen Zukunft anfänglich nicht ganz einverstanden, zuletzt schien sie sich aber damit abgefunden zu haben. Am Dienstag hatte Drems mit einem kleinen Wagen schon den größten Teil der Möbel nach der neuen Wohnung gebracht. Nur die Betten und

etwas Hausgerät war in der Pestalozzistraße verbleiben. Der Umtransport dieser letzten Möbelstücke sollte am Freitag erfolgen. Gestern nachmittag entfernte sich Drems aus der Wohnung in der Pestalozzistraße, um in seinen neuen Räumen noch einige Arbeiten vorzunehmen. Gegen 18.15 Uhr kehrte er zurück. Er fand seinen Einlaß. Die Wohnungstür war von innen verschlossen. Nichts Gutes ahnend, brach Drems die Tür auf. Gleich im Flur schlug dem Manne starker Gasgeruch entgegen. Als er das Schlafzimmer betrat, machte er eine schreckliche Entdeckung. In dem mit Gas erfüllten Raum lag sein vierjähriges Kind mit durchschnittenen Kehle und durchschnittenen Pulsadern auf dem über und über mit Blut besudelten Bett. Die Mutter des Kindes hatte sich nach der graufigen Tat ebenfalls die Pulsadern an beiden Armen zerschneiden und dann die Gasähne geöffnet. Frau D. gab noch schwache Lebenszeichen von sich, sie wurde in sehr bedenklichem Zustand in das Westend-Krankenhaus gebracht.

Drems erlitt einen Nervenzusammenbruch. Ihm war die Tat seiner Frau so ungeheuerlich, daß er plötzlich, von heller Verzweiflung gepackt, auf die Straße eilte und sich vor ein herannahendes Auto werfen wollte, um gleichfalls den Tod zu finden. Er konnte zurückgerissen werden, mußte aber von der Kriminalpolizei in Schutzhaft genommen werden, da man bei der Erregung des Mannes einen neuerlichen Selbstmordversuch befürchten mußte.

Man neigt fast zu der Ansicht, daß sich Frau D. schon längere Zeit mit dem Gedanken eines Selbstmordes getragen hat und ihr Kind mit in den Tod nehmen wollte. Gleich nach dem Fortgang des Mannes muß sie die unselbige Tat ausgeführt haben.

## Wochenendausfahrt nach Kopenhagen

am kommenden Sonnabend/Sonntag ab Berlin und zurück zu dem außer gewöhnlich billigen Fahrpreis von 20.- Mark (Bahn und Schiff). Teilnehmerkarten bis Freitag bei den bekannten Stellen oder beim Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

anerkannter Vater eines Kindes ist. Monate vergehen, Jahre, die zu zahlenden Alimenter gehen bereits in viele Hunderte, Zahlungsbefehle werden erlassen, der Adressat ist unauffindbar. Gegen den unpünktlichen Zahler wird ein Strafverfahren eingeleitet — er entzieht sich ja der Alimenterpflicht — es ruht. Der Adressat bleibt unauffindbar.

Aber eines Tages, Ende 1930, ist der Wanderbursche endlich wieder in Berlin. Jetzt erreichen ihn die Zahlungsbefehle, und die Ladung vor das Gericht. Im Januar 1931 wird er zu fünf Wochen Haft verurteilt. Er legt Berufung ein. Also befehlt sich die Kleine Strafkammer des Landgerichts I noch einmal mit dem Wanderburschen und seinem Kinde. „Hab' ich es etwa anerkannt“, sagt er vor Gericht. „Woher mußte der Vormund, mit dem ich nie ein Wort gewechselt, daß ich der Vater des Kindes bin?“ Was sagt aber die Mutter des Kindes? Die sagt gar nichts, weil sie nicht befragt werden konnte; sie ist seit geraumer Zeit geisteskrank.

Was soll nun das Gericht tun. Das Kammergericht erklärt in seinen Entscheidungen, ein rechtskräftiges Zivilurteil ist für den Strafrichter obligatorisch. Das Dresdener Oberlandesgericht ist aber anderer Ansicht; es meint, daß Strafrichter auch rechtskräftigen Zivilurteilen gegenüber Stellung nehmen können, wenn geklärt werden muß, ob bei dem Angeklagten das Bewußtsein vorhanden war, sich böswillig seinen Alimenterpflichten entzogen zu haben. Das Gericht erkannte an, daß das Bewußtsein der Böswilligkeit bei dem Wanderburschen gefehlt habe; er hatte ja nicht gewußt, daß er zur Zahlung der Alimenter verurteilt worden war.

Nun wird der Wanderbursche zahlen müssen. Das Urteil des Zivilgerichts ist für ihn unanfechtbar. Er kann sich weder auf neue Zeugen noch auf irgendeine Urkunde berufen.

## Bergsprengung in Rüdersdorf.

Am Freitag nachmittag um 3 Uhr findet im Alpenlebenbruch der Rüdersdorfer Kalkbergwerke eine große Sprengung statt. Eine riesige Bergwand ist auf mehrere hundert Meter Länge und beträchtliche Tiefe untertunnelt worden. Am

Freitag werden an den restlichen Stüpfelern Sprengpatronen angebracht und um 3 Uhr wird der ganze Erdkomplex gesprengt. Zu der interessanten Sprengung werden aus Berlin Tausende von Zuschauern erwartet, die sich dieses eigenartige Schauspiel nicht entgehen lassen werden.

## Berliner Ärztin abgestürzt.

Die Todesstour im Engadin.

Schuls (Unterengadin), 29. Juli.

Am Piz Linard stürzte gestern Fräulein Dr. Kirchner aus Berlin ab. Ihre Schwester, die Augenzeugin des Unglücks war, holte sofort Hilfe herbei. Bis nach Mitternacht wurde nach der Vermissten gesucht. Ihre Leiche wurde erst heute morgen zu Tal gebracht.

Die verunglückte Dr. Eva Charlotte Kirchner war Hals-, Nasen- und Ohren-Ärztin und hatte ihre Praxis in der Müllerstraße. Sie war die Tochter eines Sanitätsrats Dr. Kirchner.

## Devisenschieber verhaftet.

Dreslau, 29. Juli.

Auf Grund der Notverordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln wurden hier ein Bankier aus Wien und sein Bevollmächtigter, sowie ein Kaufmann aus Breslau festgenommen. Sie waren übereingekommen, einem hiesigen Geschäftsmann, der Dollars hamstern wollte, mehrere tausend Dollar zu einem die amtliche Notierung weit überschreitenden Kurs zu verkaufen. Der Breslauer Kaufmann ließ sich nun nach Eintreffen der Wiener in Breslau zunächst 750 Dollar auszuhändigen, wobei er angab, er wolle sie dem Käufer überbringen. Er ging jedoch zur Polizei, verriet dort den Plan, verschwieg aber, daß er selbst 750 Dollar bereits in Empfang genommen hatte. Die Polizei verhaftete die Schieber.

## Keine vorläufige Brandstiftung.

Die Annahme, bei den Dachstuhlbränden in jüngster Zeit handle es sich um vorläufige Brandstiftung, ist nach den polizeilichen Ermittlungen nicht begründet. Die Zahl der Dachstuhlbrände überhaupt liegt innerhalb der normalen Ziffer. Die im Bezirk Charlottenburg-Tiergarten in den letzten 4 Wochen zu verzeichnende Zunahme der Dachstuhlbrände dürfte eine zufällige sein. Jedenfalls hat sich vorläufige Brandstiftung bis jetzt in keinem Fall feststellen lassen. Sicher ist, daß Brände in Dachgeschossen in den meistaus meisten Fällen durch Fahrlässigkeit (Betreten der Bodenräume mit offenem Licht, Rauchen, Abstellen von Behältern mit noch heißer Asche) zustande kommt. Für Gehäuser ist infolge der größeren Zahl der Hausbewohner das Gefahrenmoment natürlich erhöht.

## Dennewitzbad bekommt auch Familienbad.

Nach einer Schließung von vier Wochen wird das Stadtbad Dennewitzstraße 24 a, nahe dem Hochbahnhof Bülowsstraße, am Sonnabend, dem 1. August, morgens 7 Uhr, wieder eröffnet. Während der Schließung fanden notwendige Ergänzungsarbeiten statt, außerdem sind technische Neuerungen geschaffen worden, um berechtigten Wünschen des Publikums zu entsprechen. Bei alten, billigen Preisen sind auch die Badezeiten dieselben geblieben, nur mit der Einschränkung, daß Bannen- und Brausebäder von Montag bis einschließlich Donnerstag erst ab 12 Uhr, Freitag und Sonnabend dagegen nach wie vor ab 7 Uhr abgegeben werden. Der auf vielseitigen Wunsch neu eingeführte Familienbadbetrieb findet Mittwochs von 7 bis 19 Uhr und Sonnabends von 7 bis 19.30 Uhr statt.

## Unsicherheit auf der Landstraße.

Dieser Tage wurden in Wustermark mehrere Kraftwagen von drei Wegelagerern angehalten. Die drei Gefellen schlugen die Fenster der Wagen ein und stachen mit Dolchmessern auf die Insassen ein. Die herbeigerufene Polizei nahm die Verfolgung auf. In einem bei Wustermark gelegenen Zeltlager einer berüchtigten Berliner Wanderclique wurden vier Verhaftungen vorgenommen. Man hofft, mit ihnen die Wegelagerer erjagt zu haben.

An unsere blonden Leserinnen! Wir weisen darauf hin, daß es jetzt ein neues Spezial-Shampoo für Blondinen gibt: Schwarzkopf „Extra-Blond“ mit Haarglanz und Schaumbürste. Es heißt nachgedunkeltes Blondhaar allmählich bis zu jeder gewünschten Nuance auf und gibt ihm so seinen ursprünglichen Blaudton zurück. Sie erhalten „Extra-Blond“ zu 30 Pfg. überall dort, wo „Schwarzkopf-Extra“ (hell und dunkel) vorrätig ist. Die richtige Packung erkennen Sie an dem roten Aufdruck „Extra-Blond“.

# Notverordnung trifft Noleidende.

In der Sprechstunde des Wohlfahrtsamtes.

Die erste Besucherin ist Elli B., eine hochaufgeschossene Sechzehnjährige, ein Sorgenkind der Fürsorgerin; zu Hause das übliche trübe Milieu: Jank und Streit zwischen Eltern. Bald wird es der Halbwüchsigen zu eng in der dumpfen Stube, wo eng zusammengepfercht alles miteinander vegetiert und wo der Hunger ständiger Gast ist; auf der Straße gefällt es ihr besser, da ist Leben, Betrieb, man lernt bald hier, bald da einen kennen, wird in die Eisdielen, ins Café oder auf den Tanzboden geführt. Mit der Arbeit ist's sowieso Effic und Elli bemüht sich auch nicht sonderlich darum. Bis eines Tages die Mutter ganz aufgeregt zur Fürsorgerin kommt und diese ansieht: „Elli treibt sich den ganzen Tag auf der Straße herum, daß sie um Gotteswillen nicht so wird wie ich!“ Da wird dem Elli ins Gebet genommen, man hält ihr vor, was ihre Zukunft ist, wenn sie so weiter macht und ob sie denn nicht doch lieber was Ordentliches werden will; und Elli macht Kehrt, es findet sich eine Stellung für sie, die Leute sind sehr zufrieden mit ihr. Die Fürsorgerin kriegt schon Angst, als sie das Mädchen bei sich sieht, ob sie etwa wieder genug von der Arbeit hat; aber Elli meint freudestrahlend: „O nein, es gefällt mir sogar sehr gut auf der Stelle; aber ich brauche jetzt so dringend ein Paar Schuhe. Ich habe mir auch schon was erspart, da —“ und sie nestelt stolz etwas aus einem Zeitungsbogen, das sich als Sparbuch entpuppt — „und nun kann ich's doch nicht abheben! Wenn ihr der Arbeitgeber das Geld nicht vorstrecken will, dann wird die Beamtin versuchen, es irgendwie zu beschaffen. Ganz aufgeregt zieht das Mädel dann wieder ab. „Ja kann wirklich so nicht mehr gehen, Fräulein“, ruft sie nochmals zwischen der Tür und streckt zum Wahrheitsbeweis ein Paar Schuhe mit Kotsausgängen und einer zerrissenen Sohle der Beamtin entgegen.

Der Nächste ist der stellunglose Arbeiter H., der nach jahrelangem Privatieren jetzt endlich eine kleine Portierstelle gefunden hat. „Fräulein, machen Sie mir es doch bitte einmal vor, wie ich mit Frau und zwei kleinen Kindern von 35 Mark Gehalt und ganzen 6.38 Mark Krisenunterstützung existieren soll.“ Bisher hatte er mit seiner jetzigen Frau nur im gemeinsamen Haushalt gelebt, da bekam also jedes seine Unterstützung. Um dem ewigen Gerede und Genörgle der lieben Nachbarn, das schon bis zu den Ohren des Verwalters gedrungen war, ein Ende zu bereiten, hatte

er, mehr aus Verzweiflung als aus Begeisterung, den „Bund fürs Leben“ geschlossen. Nun war er sowohl für die Frau, als auch für deren außereheliches Kind unterhaltspflichtig geworden.

Seine Krisenunterstützung beträgt . . . . . 14,85 M.  
davon gehen ab:  
für Rückzahlung d. Wohlfahrtsunterstützung 2.- M.  
die Portierstelle . . . . . 4,82 „  
laut Notverordnung . . . . . 1,65 „ 8,47 „  
so verbleiben dem Manne ganze . . . . . 6,38 M.

(Bei dem Abzug der Wohlfahrtsunterstützung handelt es sich um ein gewährtes Darlehen, um einen Krankenhausaufenthalt und um andere außerordentliche Beihilfen.)

Da ist ein arbeitsloser Klavierbauer mit Frau und zwei Töchtern. Die eine geht noch zur Schule, die andere ist in Stellung; davon muß sie die ganze Familie erhalten. Wohnung, überhaupt alles bezahlen, weil der Vater an errechneter Krisenfürsorge ganze 70 Pfennig pro Woche bezieht!

Ein anderer Fall: Eine Familie von Mann, Frau, Sohn und Tochter; der Vater erwerbslos, die Tochter ist noch klein, der Sohn Alleinverdiener, bezieht 40 Mark Gehalt pro Woche; auch er muß wieder alles bestreiten, denn die Krisenunterstützung des Vaters beträgt 95 Pfennige! Der junge Mensch verliert die Freude an allem und zieht von zu Hause weg; als der Vater den Wegzug meldet, wird dies als Scheinmanöver betrachtet und es bleibt, wie es ist. Nun haben sich Vater und Sohn auf die Hinterbeine gesetzt und warten auf den Erfolg . . .

Hestig wird die Tür aufgerissen und ein Schwertkriegsbeschädigter kommt herein; er bittet um ein Paar Schuhe, weil er sich doch täglich am Nachweis um Stellung bemühen muß. Vier Jahre ist er arbeitslos. Die Beamtin läßt sich seine Papiere vorlegen, woraus sie ersieht, daß er krank geschrieben ist. „Wieso müssen Sie sich um Arbeit umsehen, Sie sind doch krank geschrieben?“ „Ja, ja, stimmt, Fräulein, und mich kann auch kein Arzt der Welt mehr gesundschreiben, weil bei mir alles kaputt ist: Herz, Lunge und Nerven. Bloß ich kriegt kein Versorgungsgeld mehr. Erfroren habe ich mir die Fehen draußen außerdem und die geschlankten Schuhe, in denen ich laufe, sind nicht bloß zerrissen, sie drücken mich auch mordamäßig.“ Beim Weggehen wirft er der Beamtin einen bitterbösen Blick zu, daß diese aufatmet, als er die Tür von draußen schließt. Wer aber könnte es nicht begreifen, wie diesem Menschen jamute ist?

## Rußlands Außenhandel.

### Das heutige Sowjetrußland kauft weniger von Deutschland als das zaristische.

Dieser Tage erschien ein Bericht der Forschungsstelle für russische Wirtschaft an der Universität Birmingham, das reiches und gut gewähltes Material über den Außenhandel der Sowjetunion bringt. Angesichts der landläufigen falschen Auffassungen, welche über die Handelsbeziehungen Rußlands mit der übrigen Welt herrschen, und weiter wegen der Bedeutung, die der Handel mit Rußland im besonderen für Deutschland hat, verdienen die dort gezogenen, quellenmäßig belegten Vergleiche mit der Vorkriegszeit Beachtung.

Rußlands Ausfuhr betrug 1913 1520, seine Einfuhr 1374 Millionen Rubel. Die entsprechenden Ziffern für 1930 sind 1036 und 1059. Die Ausfuhr bleibt um 31,9, die Einfuhr um 23 Proz. hinter der Vorkriegszeit zurück.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich die Ziffern für das Jahr 1913 auf Vorkriegsrußland beziehen, also auf ein bedeutend größeres Gebiet. Die Sowjetwirtschaftler nehmen an, daß auf die verlorenen Gebiete (Polen, die Randstaaten und Bessarabien) etwa 20 Proz. des Außenhandels entfielen, was annähernd, wenigstens für den Gesamtumfang, richtig sein dürfte.

Für einzelne Waren ist diese schematische Korrektur nicht anwendbar. So wäre es z. B. falsch, den Getreideexport zu Vergleichszwecken einfach um ein Fünftel zu reduzieren. Die abgetretenen Gebiete führten, Bessarabien ausgenommen, kein Getreide aus, sondern deckten ihr Getreidebedürfnis aus dem jetzigen Unionsgebiet. Lehnliche Berechnungen wären für jeden einzelnen Exportposten anzustellen, sind aber mangels jeder Unterlage undurchführbar. Im folgenden werden daher die unkorrigierten Vorkriegsziffern angeführt. Der Wert wird bis 1923/24 in Vorkriegsrußland, von dann an in Tschermonegrubel gegeben, die nicht genau übereinstimmen. Schließlich führt die Sowjetunion in ihrer Ausfuhrstatistik Gold und Platin nicht mehr an. Trotz dieser Unzulänglichkeiten ist die Entwicklungsrichtung recht gut feststellbar.

Ungleich stärker als der Gesamtexport ist der Export von landwirtschaftlichen Produkten zurückgegangen, und zwar sowohl wert- wie mengenmäßig:

	Ausfuhr in Millionen Tonnen					
	Weizen	Gerste	Butter	Eier	Flachs	Hanf
1913 . . . . .	3329	3927	78	240	305	68
1930 . . . . .	2531	1181	11	10	53	6

Von Weizen und Gerste wurde 1930 mengenmäßig wenig mehr als die Hälfte dessen ausgeführt, was 1913 ausgeführt worden ist, wertmäßig ist der Rückgang infolge der abnorm niedrigen Getreidepreise auf dem Weltmarkt noch größer.

Der Rückgang der Butter-, Eier- und Viehausfuhr war in den letzten zwei Jahren besonders stark. Den Grund hat man in den Massenschlachtungen zu suchen, zu denen die Zwangssozialisierung geführt hat. Der Bestand an Großvieh war 1930, 1929 gleich 100 gesetzt, nur noch 77, an Schafen und Ziegen 68, an Schweinen 60. (Der sinkende Export erklärt sich nicht etwa durch eine Verbrauchssteigerung in den Städten, sondern durch einen erhöhten Konsum des Dorfes, wo die jetzt fehlenden Milchprodukte wenigstens zum Teil durch Eier ersetzt werden.) Es wird Jahre brauchen, um die Viehverluste wieder gut zu machen.

Ob es Rußland gelingen wird, den Getreideexport in den nächsten Jahren zu steigern, ist heute noch nicht zu sagen. Jedenfalls ist eine Steigerung des landwirtschaftlichen Exports, wenn überhaupt, nur durch Getreideexport möglich.

Der Anteil landwirtschaftlicher Produkte an der Gesamtausfuhr ist von 60 Prozent (1913) auf 28,5 Prozent zurückgegangen. Sie haben den ersten Platz den Rohstoffen und Halbfabrikaten abgetreten, deren Anteil von 34,4 auf 62,4 Prozent gestiegen ist.

Die absolute Zunahme ist nicht so bedeutend — von 522 auf 581 Millionen Rubel —, es ist aber die Schrumpfung des Gesamt-außenhandels zu berücksichtigen. Innerhalb dieser für den russischen Export heute entscheidenden Gruppe sind die Hauptposten Holz (1913: 7,6 Millionen Tonnen, 1930: 7,4) und Mineralprodukte (Naphtha 1913: 0,9; 1930: 4,7 Millionen Tonnen). Eisenerz ist gleich geblieben, Manganerz sank von 1,2 auf 0,8 Millionen Tonnen. Der Export von Fertigwaren hat zwar zugenommen, von 84 auf 100 Millionen Rubel, ist aber noch immer verhältnismäßig klein.

Das Memorandum faßt zusammen: „Die Richtung, in der sich der Nachkriegsimport Rußlands entwickelt, ist eine ganz andere als in der Vorkriegszeit. Europa muß seine Auffassung von Rußland ändern. Es hat aufgehört, die „Kornkammer der Welt“ zu sein und ist zu einem in der Hauptsache Holz- und Mineralprodukte ausführenden Land geworden. Wenn der Industrialisierungsplan gelingt, wird man eine Entwicklung der Ausfuhr von Fertigfabrikaten zu erwarten haben.“

Der Industrialisierungsplan hat auch die Einfuhr nach Rußland entscheidend verändert. Der Import von Maschinen, Erzen, Metallen, elektrischen Artikeln ist absolut und relativ bedeutend gestiegen, der aller anderen Waren bedeutend gesunken. 1913 wurden Maschinen, Erze und Metalle für 316 Millionen Rubel eingeführt, 1930 für 608. Sie machten 1913 23,1 Prozent der Einfuhr aus, 1930 dagegen 57,5. Der Import aller anderen Waren wurde sehr stark gedrosselt. Während z. B. 1913 der Anteil der Textilrohstoffe und Textilfabrikate 23,9 Prozent ausmachte, war er 1930 nur noch 12,9, was nur zum allergeringsten Teil dem Wegfall des Luxuskonsums geschuldet ist und auch nicht einer wachsenden inländischen Produktion als vielmehr, bei bestehendem Bedarf, dem Zwang, diesen Bedarf unberücksichtigt zu lassen, um die Maschineneinfuhr bezahlen zu können.

Mit der Strukturänderung des russischen Außenhandels ändern sich auch die Beziehungen zu den einzelnen Staaten.

Am auffälligsten kommt das in dem Import aus Amerika zum Ausdruck, von wo 1913 Waren im Werte von 79 Millionen Rubel eingeführt wurden, 1930 aber von 264 (vor allem Maschinen, landwirtschaftliche Maschinen und Traktoren). Das Sinken der Getreideausfuhr zeigt sich an dem Verfall der Ausfuhr nach Holland, wohin 1913 noch 12, 1930 nur noch 3 Prozent der russischen Ausfuhr gingen. Zum Teil wurde das nach Holland verschifft Getreide nach Deutschland reexportiert. Der Anteil Deutsch-

lands endlich ist, einer weit verbreiteten Anschauung entgegen, beträchtlich zurückgegangen, selbst wenn man bedenkt, daß das jetzige Polen einen bedeutenden Teil der deutschen Ausfuhr nach Rußland aufgenommen hat. An der Einfuhr nach Rußland war Deutschland 1913 zu 47,5 Prozent beteiligt, 1930 nur noch zu 23,7. Der Wert der deutschen Ausfuhr nach Rußland betrug 1913 652 Millionen Rubel, 1930 nur 250.

Die Bedeutung, welche besonders in der jetzigen Weltkrise der Handel mit Rußland hat, ist gewiß sehr groß. Dennoch soll man nicht vergessen, daß Rußland heute ungleich weniger in Deutschland kauft als vor dem Krieg. Das ist wichtig gegenüber der Phrase: „Sowjetrußland gibt den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot.“ Das zaristische Rußland war für die moderne Welt ein politischer Schandfleck. Gegenüber den kommunistischen Phrasen ist aber festzustellen, daß das zaristische Rußland den deutschen Arbeitern doch noch mehr Arbeit und Brot gegeben hat, als das heutige Sowjetrußland.

## 140 Millionen statt 80.

### Der Skandal um die Staatskontrolle bei der Akzept- und Garantiefbank.

Das Mißverhältnis zwischen dem tatsächlichen Risikoanteil des Reiches und der dem Reich zustehenden Vertretung im Aufsichtsrat, von dem wir gestern sprachen, wird durch neuere Mitteilungen geradezu zu einem öffentlichen Skandal. Die „Frankfurter Zeitung“ teilt über den Vertrag des Reiches mit den Gründerbanken Einzelheiten mit. Danach wird das Reich nicht 80 Millionen, sondern 140 Millionen des 200-Millionen-Kapitals zeichnen. 70 Proz. Reichsrisiko stehen also nur etwa 14 Proz. Reichskontrollrechte im Aufsichtsrat gegenüber. Auf 30 Proz. Bankerisiko kommen 70 Proz. Kontrolle. Die Einzahlungen sollen folgendermaßen erfolgen:

1. Einzahlung 25 Proz. =	50 Mill. M.,	davon Reich 20 Mill. M.
2. „ 50 „ =	100 „	100 „
3. „ 25 „ =	50 „	20 „
Zusammen . . . . . 140 Mill. M.		

Anfangs wurde erklärt, daß der Reichsanteil nur 80 Millionen betrage. Zu dieser Rechnung kam man auf folgende Weise:

Die einzelnen Gründerbanken sollten übernehmen:

DD.-Bank . . . . .	20 Mill.	Golddiskontbank . . .	20 Mill.
Dresdner Bank . . . . .	12 „	Bank für Ind. u. Oblig. . .	12 „
Commerz- u. Priv. Bank . . . . .	10 „	Rentenb.-Kreditanstalt . .	12 „
Berl. H. G. . . . .	6 „	Preuß. Staatsbank . . . . .	12 „
Rendelslohn . . . . .	6 „	Reichskredit AG. . . . .	6 „
		Verkehrskredit AG. . . . .	4 „
Zusammen . . . . . 54 Mill.		Zusammen . . . . . 66 Mill.	

Demnach blieben für das Reich in der Tat von 200 nur 80 Millionen. In Wirklichkeit sind die Bankbeteiligungen aber nur nominell und Schein. Die nominellen Beteiligungen werden nur zur Hälfte eingezahlt werden, also mit 27 und 33 Millionen, so daß fürs Reich die bezagten 140 Millionen Zahlung und Risiko bleiben. Demgegenüber bringt die Reichsregierung es fertig, sich mit 14 Proz. Kontrolle abzufinden zu lassen, statt mindestens 70 Proz. zu verlangen. Wo gibt es in der Privatwirtschaft den Dummkopf, der sich so etwas zumuten ließe!

## Zollkrieg mit Chile?

### Um die Stickstoffzölle. — Kampfspreise auf dem Weltmarkt

Die Verhandlungen über die Verlängerung des internationalen Stickstoffvertrags in Luzern verliefen infolge der chilenischen Forderungen ergebnislos — auch die Verständigung der europäischen Produzenten in Brüssel kam nicht zustande. Während der Luzerner Verhandlungen wurden die deutschen Stickstoffzölle in Kraft gesetzt; danach hat Chile den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt.

Kunmehr werden zwei Veröffentlichungen bekanntgegeben, eine vom deutschen Stickstoffsyndikat, die andere von „Inahgebender Seite“, die beide ein wenig nach Erleichterung des schlechten Gewissens aussehen. Das Stickstoffsyndikat stellt fest, daß allein die Chilenen mit übermäßigen Forderungen eine Einigung der Produzenten vereiteln hätten; sie hätten das Vier- bis Fünffache ihrer Einfuhr vom Jahre 1930 als Kontingent verlangt, eine Forderung, die unerfüllbar sei. Danach habe man den deutschen Markt durch Zölle geschützt, wie sie andere Länder schon früher eingeführt hätten. Auffälligerweise wird keine Aufklärung darüber gegeben, warum die europäische Einigung nicht zustande gekommen ist.

Die zweite Erklärung bezieht sich mit der Kündigung des Handelsvertrages von Chile. Dieser Vertrag stamme aus dem Jahre 1862; und die chilenische Regierung habe das begreifliche Interesse, ihre Handelsbeziehungen auf neue Grundlagen zu stellen. Verhandlungen über ein neues Handelsabkommen würden alsbald ausgenommen.

Ob dieser Grund zur Erklärung ausreicht, mag dahingestellt bleiben. Ueberraschend ist immerhin, daß die Kündigung so prompt nach Einführung der Zölle erfolgte. Daß diese Zölle praktisch nur gegen Chile zur Anwendung kommen, kann nicht bestritten werden. Es wäre ein schlechtes Zeichen für die deutsche Handelspolitik, wenn es über einem Schutz Zoll für die rentabelste Industrie Deutschlands, die zugleich die technisch bestgerüstete der ganzen Welt ist, zu einem Zollkrieg mit Chile kommen sollte. Denn im Jahre 1930 führte Deutschland für 56,4 Mill. Mark Waren aus Chile ein, aber für mehr als 100 Mill. Mark (darunter 95 Mill. Fertigwaren) nach Chile aus. Wieder also wäre die verarbeitende Industrie durch Maßnahmen zugunsten einer Rohstoffindustrie benachteiligt.

Das deutsche Stickstoffsyndikat hat seeben die Preise für den

Auslandsmarkt bekanntgegeben. Sie sind erheblich herabgesetzt worden. Die Kalisalpeterpreise wurden um etwa 10 Proz., die Preise für schwefelloses Ammoniak um nicht weniger als 35 Proz. ermäßigt. Diese Kampfspreise richten sich in erster Linie gegen die europäischen Konkurrenten, die — gleich der deutschen Industrie — ihre Anlagen weit über jedes wirtschaftlich vernünftige Maß hinaus erweiterten. Auch diese Kämpfe der Stickstoffindustrie sind ein Zeichen für die unsinnige Kapitalverwendung in der Privatwirtschaft.

## Flucht unter die Staatsgarantie

### Zur Fusion A.D.G.A. — Sächsische Staatsbank. — Weitere Angliederungen?

Der Zusammenschluß der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt in Leipzig (Adca) mit der Sächsischen Staatsbank in Dresden ist überraschend schnell vollzogen worden. Diese verdächtige Eile wird damit begründet, daß die Provinzialbanken durch die Gründung der Garantie- und Akzeptbank, an der nur Berliner Banken beteiligt sind, ins Hintertreffen geraten seien und deshalb von sich aus etwas zur Stärkung des Vertrauens in ihre Kreditwürdigkeit tun müßten. Da aber andere Provinzialbanken bisher keine ähnlichen Schritte unternommen haben, da der Beitritt anderer Institute — z. B. der Sächsischen Girozentrale — keineswegs so wahrscheinlich ist, wie zuerst angenommen wurde, so müssen für die Fusion wohl andere Gründe maßgebend gewesen sein.

In den letzten Monaten ist der Deffentlichkeit von den sächsischen Behörden und den sächsischen Wirtschaftsvertretungen immer wieder verkündet worden, daß die Industrie Sachsens in besonderer Notlage sich befinde. Hauptkreditgeber für diese waren aber die beiden fusionierten Banken. Die Sächsische Staatsbank hat erhebliche Mittel an die Automobilindustrie (D.A.W. und Hordh), an die A.-G. Sächsische Werke, in der Sachsens Stromversorgung zusammengefaßt ist, gegeben. Biesach hatte diese Kreditgewährung durchaus Subventionscharakter. Die Adca hat als größte deutsche Provinzialbank die Finanzierung der mitteldeutschen Industrie in noch viel größerem Umfang betrieben; so ist sie z. B. der Hauptgläubiger der Mansfeld A.-G. Die offizielle Mitteilung, daß die Auslandsverschuldung der Adca gering sei, daß sie unter festgefrorenen Krediten nicht mehr als andere deutsche Banken zu leiden habe, will nicht viel besagen. Fest steht, daß ein sehr großer Teil der 202-Millionen-Mark-Debitoren „festgefroren“ sind, wahrscheinlich ist, daß die Adca bei Eröffnung des freien Bankverkehrs in starke Liquiditätsschwierigkeiten hineingeraten wäre.

Diesen Schwierigkeiten beizugehen vorzubeugen, das ist der Sinn dieser Fusion. Wie käme sonst der sächsische Staat dazu, die Garantie für alle Einlagen zu übernehmen, das heißt, Steuer-gelder für die Ausschaltung des von der Adca eingegangenen privatwirtschaftlichen Risikos zu übernehmen! Die Deffentlichkeit, die Steuerzahler müssen daher verlangen, daß die Fusion nicht einfach durch eine Summierung der Bilanzfiguren stattfindet, sondern daß die Adca eine Sanierungsbilanz vorlegt, in der die uneinbringlichen Forderungen restlos abgeschrieben sind. Diese Sanierungsbilanz wird die Grundlage dafür abgeben müssen, was den Aktionären der Adca für die Abgabe ihrer Aktien gegeben wird. Uebrigens ist ein großer Teil des Kapitals der Adca in Händen ausländischer Finanzgruppen.

Die Bilanzen vom 30. Juni dieses Jahres zeigen bei der Adca ein Kapital von 40 Millionen Mark, Reserven von 11 Millionen und Kreditoren von 309 Millionen Mark; der Umsatz im Jahre 1930 betrug 22 Milliarden Mark. Das Kapital der Sächsischen Staatsbank beträgt nur 10 Millionen (1 Million nicht eingezahlt); dagegen sind die Reserven verhältnismäßig höher mit 8,4 Millionen Mark. Kreditoren beliefen sich auf 219 Millionen Mark, der Umsatz des Jahres 1930 13 Milliarden Mark. Die Adca hat eine große Zahl von Filialen (65 eigene Bankgebäude!) und ist maßgeblich beteiligt an der Anhalt-Deffsauiischen Landesbank, der Amsterdamsche Credit-Raatschappij, Amsterdam, und am Bankhaus J. Liebig u. Comp., Wien. Die Sächsische Staatsbank besitzt außer vielen Filialen die Kapitalmehrheit der Städte- und Staatsbank der Oberlausitz in Zittau und ist mit der Thüringischen Staatsbank eng verbunden. Ob dieses Institut, ob auch die Sächsische Landesbankhypothekbank und die Thüringische Landeshypothekbank dem neuen Unternehmen angegliedert werden, steht noch dahin. Für die speziellen Staatsfinanzgeschäfte des Sächsischen Staates wird ein besonderes Institut neu gegründet.

## Ford legt still!

Aus New York kommt eine Meldung, die ein bezeichnendes Licht auf die amerikanische Wirtschaftskrise und besonders auf die Notlage der Autoindustrie wirft. Bis Anfang September werden die gesamten Fordwerke stillgelegt! Die Ford-Werke in Köln haben ebenfalls den Betrieb eingestellt, zunächst für 14 Tage.

Deutschlands Kohlenproduktion im ersten Halbjahr 1931. Nach Feststellungen des Statistischen Reichsamts ist in ganz Deutschland die Förderung von Steinkohlen von 73,3 Millionen Tonnen im ersten Halbjahr 1930 auf 60,3 Millionen Tonnen im ersten Halbjahr 1931 zurückgegangen, das heißt um 18 Proz. Weniger stark ist die Braunkohlenförderung gesunken, von 71,4 auf 62,5 Millionen Tonnen oder um 13 Proz. Dabei ist zu bemerken, daß im Juni dieses Jahres die Braunkohlenförderung mit 11,8 Millionen Tonnen höher als im Juni vorigen Jahres (11,7 Millionen Tonnen) war. Sehr viel stärker war der Rückgang bei der Kohlenproduktion; sie betrug im ersten Halbjahr 1931 nur 11,97 Millionen Tonnen — das ist gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres (17,49 Millionen Tonnen) ein Rückgang um mehr als 30 Proz.

Halbirtetes Kapital bei Frankonia-Schokoladen. Unter Protest wurde die Sanierung der Frankonia-Schokoladenwerke A.-G., Würzburg, beschlossen. Die Verwaltung hat die Hälfte des 2-Millionen-Mark-Kapitals in Besitz. Diese 1 Million Aktien werden im Verhältnis 5:1 auf 0,2 Millionen, die übrigen Aktien im Verhältnis 2:1 auf 0,5 Millionen Mark zusammengelegt. Unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre wird das Kapital auf 1 Million Mark erhöht. Die neuen Aktien (0,3 Mill.) und die Verwaltungssaktien (0,2 Mill.) werden Vorzugsaktien. Sie erhalten 9 Proz. Dividende im voraus, dazu die gleiche Dividende wie die Stammaktien und haben dreifaches Stimmrecht! — Kein Wunder, daß Protest zu Protokoll gegeben wurde. Diese Sanierung ist ein Musterbeispiel dafür, wie die in der Verwaltung sitzenden Großaktionäre ihre Macht zu sichern suchen, ein Beweis für die Dringlichkeit der Aktienreform.

# Eberhard Kuhlmann: Mörder Jon Gambetta

Jon Gambetta, meinen armen Freund.

stecht hält, denn ich bin kein Freund der Polizei, aber ich will kurz und bündig seine Geschichte erzählen und warum er zum Mörder wurde. Und die, die seine Geschichte kennen, werden dann vielleicht einen kleinen Haß verspüren gegen sogenannte seine Herren und vor allem gegen gewisse Bluthunde, 2000 Stück an der Zahl, die man auf Panzerwagen und Mortorradpöppeln hinter ihm herbeizte, hinter Jon Gambetta, meinem armen Freund.

Allen Schnüfflern, Denunzianten und sonstigen Dunkelmännern sei aber gleich gesagt, daß in meiner Geschichte die Namen mit guter Absicht verändert wurden. So heißt mein armer Freund in Wirklichkeit gewiß nicht Gambetta, und wenn ich von New York spreche, so kann ebenjogut Philadelphia oder Boston gemeint sein, ihr werdet's nicht erraten.

In New York also war's. Jon und mir war es nach vielen dreißigen Wochen, von denen hier gar nicht gesprochen werden soll, gelungen, den Winter über bei der Revue „Wunderbares Märchenland“ unterzukommen, er als Hilfsinspizient, ich als Techniker. In Jon, das weiß ich, steckte das Zeug zu einem erstklassigen Theatermann, er hatte die besten Einfälle, sein ganzer Kopf schien vollgepfropft damit, und in seinem Elternhaus in Frankreich — ja, Jon stammt aus Frankreich, aber seine Eltern hatten ihn, weil sie von seinen Talenten nichts wissen wollten, in ziemlich herzloser Weise einfach nach New York abgeschoben, und ich erkläre öffentlich: die Augen sind an allem schuld — Jon hatte also schon in den frühesten Jugendtagen daheim in Frankreich mit Jungs und Mädels Theateraufführungen gemanagt, und hätte er nur die richtige Beziehungen gehabt, er wäre heute ein besserer Revueleiter als mancher andere ahnungslose Kerl, der sich mit 'ner dicken Havana zwischen den Zähnen wichtig tut oder sich in seinem Büro mitten am hellen Tage stundenweise einschließt. Aber so ist's im Leben, und der begabte Jon mußte froh sein, als Hilfsinspizient mitmachen zu können, auf Klingelknöpfe zu drücken, die Seeschlangen rauszulassen oder den Zauberleuchter herabzulassen.

Man wird gleich verstehen, warum der Zauberleuchter Jons liebste Nummer war. Der Zauberleuchter war nämlich kein üblicher Leuchter, wie sie hierzulande in den Kinopalästen oder in den Kirchen hängen, sondern er bestand aus einer gläsernen Plattform, die an langen goldenen Ketten hing, und auf der Plattform standen, das war der Clou, fünf lebendige bronzierte Frauen und hielten auf den Köpfen und mit erhobenen Armen eine riesige Krone brennender Kerzen: Das war ein Bild, sage ich, und wenn der Leuchter auf die Bühne herabgelassen wurde, wo ein altertümlicher Saal aufgebaut war, und wenn ich dann noch von der Beleuchtungsbrücke meinen hellsten Scheinwerfer auf die Bronzedamen richtete, so war das tatsächlich so etwas wie ein Zauberputz, und die Zuschauer draußen staunten mit offenen Mäulern und manche riefen „ah, wunderschön!“ und manche klatschten. Die vorderste aber von den Bronzedamen war Jon Gambettas Freundin Minny Roberts, hübsch, schlank und golden. Man kann also begreifen, daß Jon den Zauberleuchter nicht ungern herabließ, denn dann konnte er ihr von der Kuffisse aus zulächeln und sehen, wie sie sein Lächeln erwiderte. Das war natürlich ein Trug, sie ahnte höchstens, daß er unten stand, denn sie konnte ja den Kopf nicht bewegen, sonst wäre die Kerzenkrone ins Schwanken gekommen. Aber Jon freute sich und strahlte und wurde erst wieder ernst, sogar etwas traurig, wenn der Zauberleuchter nach oben verschwand, denn Minny und die anderen mußten bis Schluß der Vorstellung da oben hängen bleiben.

Das mit Jons Freude ging, sagen wir, zwei Wochen lang, dann begann ihm der Anblick des Zauberleuchters unbehagen zu werden. Er ahnte wohl die vielen tausend Augen, die auf Minny gebannt waren, auf ihr Lächeln, ihre Brüste und ihren schmalen Leib, und das alles so grell beleuchtet. Jon war eifersüchtig, und Tag für Tag, wochenlang, das hat er mir selbst mal gesagt, war ein höllischer grauamer Moment für ihn, wenn er den Zauberleuchter herablassen mußte, der Schweiß brach bei ihm aus, und seine Knie zitterten dann vor Aufregung. Seine Minny nackt und allen Blicken preisgegeben! Und ich sah von meiner Brücke, wie Jon in den Kuffissen herumrannte und die Leute, die hinaufblickten, kurzerhand verjagte, und dann stand er am seitlichen Guckloch, stierte in den Zuschauer-raum hinaus und kontrollierte die Gesichter. Armer Jon!

Und wenn ich jetzt sage, daß Jon infolge solcher gräßlichen Qualen einmal vergah, den Zauberleuchter zur rechten Zeit verschwinden zu lassen und deshalb Knall und Fall seinen Posten verlor, so werden, daß weiß ich, viele kommen und von Jons grober Pflichtvernachlässigung reden. Aber bedenket, ihr Hartherzigen, ob Jon, wäre er bei Sinnen gewesen, auch nur die kleinste Sekunde gezögert hätte, den verdammten Zauberleuchter rechtzeitig fortzubringen und so, was ihn doch am meisten peinigte, sein nachtes Mädel den tausend Blicken zu entziehen. Doch das ist's ja gerade: Jon war nicht bei Sinnen, und nun stand er auf der Straße und ohne Arbeit, und unsere Revue „Wunderbares Märchenland“ bedeutete bei ihm nicht viel anderes als das graue Elend. Denn Minny mußte ja weitermachen, so sehr er sie auch beschwor, alles aufzugeben. Aber wovon sollte so ein armes Statistinnenmädchen leben, sie unterstützte ihn ja auch so gut es ging, das hatte Jon wohl vergessen. Ob er nun, da er mit dem Zauberleuchter nichts mehr zu tun hatte, ruhiger geworden war, kann ich nicht sagen, er sprach kaum davon, hatte eine zerfurchte Stirn und fraß alles in sich hinein, und daran konnte man schließlich erkennen, daß er doch noch litt. Wenn er den ganzen Tag nach Arbeit herumgerannt war — wir hatten damals einen eiskalten Winter —, brachte er Minny ins Theater und holte sie drei Stunden später ab; er ließ sie niemals einen Schritt allein gehen.

Mein Gott, es hätte alles gut ausgehen können, die Revue sollte nur noch vier Wochen spielen, und dann wollten die beiden aufs Land nach West-Virginia zu Minnys Mutter, die dort irgendwo irgendwo ein Kaufhaus besitzt. Jon dachte sich, daß es dort leichter wäre, ganz von vorn anzufangen und was Rechtes zu beginnen, als in irgendeiner von den großen Städten. Aber nein, das waren schöne Träume, denn ausgerechnet dem armen Jon mußte es passieren, daß er eines Abends vergeblich am Bühnenausgang wartete, sie kam nicht, nicht nach einer Stunde, nicht nach zwei, sie kam nicht. Natürlich ist es eine einfache Sache, jetzt mit den Schultern zu zucken und lächelnd zu versichern, man wisse ja seit langem, daß Statistinnenmädchen und Treusein zwei unreimbare Begriffe seien. Gut, gut, ich weiß, von wem solche fabelhaften Verleumdungen ausgesandt werden, aber ich nehme hier alle Statistinnenmädchen und an der Spitze Minny öffentlich in Schutz! Daß Minny an jenem Unglücksabend nicht kam, war nicht ihr freier Wille.

Jon sah indes in seinem kalten Zimmer, es war eine schlimme Nacht, und ich versuchte ihn mit so dummen Worten wie: Jon, sei ein Kerl, oder Betteln, daß sie in 'ner Stunde da ist! zu trösten, mir fiel nichts anderes ein. Jons Verfassung war grauhaft. Er quälte sich ab, Möglichkeiten und Gründe rauszufinden, er dachte sich die tollsten Sachen aus, und dazwischen meinte er, und dann kam ich mit meinen Tröstungsversuchen.

Pfötzlich stand Minny in der Tür. Es war schon hell draußen. Minny, bloß, mit zerheulten Augen, auch sonst nicht in bestem Zustande. Sie fällt ihm gleich um den Hals, und Jon, ganz benommen, lacht und sagt: Minnymädel, und sie sagt: Mein armer Jon! Es war ein richtiges Wiedersehen. Aber dann kam alles an den Tag, und die Stunde werde ich nicht vergessen! Minny erklärte anfangs, sie wisse eigentlich nichts, rein nichts, und sie sprach auch mir und unverständlich, aber schließlich reimte sich alles zusammen. Und als Jon, der Mund und Augen immer weiter aufriß und leise leuchtete und mit den Fingern und dann mit den Fäusten sinnlos herumtrommelte, als John erfahren hatte, daß Minny auf Veranlassung des Direktors noch vor Beginn der Vorstellung von einem gelben Wagen — einem Lincoln glaubt sie — nach Norden zu aus der Stadt hinausgefahren und in einem Landhause von einem älteren Manne, anscheinend dem Besitzer, empfangen worden war und mit Alkohol und anderen Kaufsmitteln, durch raffinierte Verführungskünste, aber auch durch gewaltigen Zwang soweit gebracht worden ist, daß sie — mein Gott, der Zauberleuchter in seiner sicheren Höhe wäre dagegen nicht der geringsten Eifersucht wert gewesen — daß sie, paßt jetzt auf Jon auf, daß sie willenslos unterlag, da stand Jon zuerst auf, wie hochgezogen, sein Gesicht verzerrte sich noch mehr, und dann mit einem Ruck brüllte er so, wie ich in meinem Leben noch keinen brüllen hörte; im Kriege sollen sie in ihrer Todesnot auch oft so sehr gebrüllt haben, aber ich war noch zu jung dazu. Jons Brüllen aber war die Wut, die ohnmächtige Wut, daß man mit ihm, ausgerechnet mit seinem Mädel so hundsgeheim umzugehen gewagt hatte, und er hörte auch gar nicht mehr auf Minnys Bittgesuchen, sondern rannte einfach aus dem Zimmer und war fort.

Tags darauf wurde der rätselhafte Mord bekannt. Ein Liebespaar, das trotz Schnee und Kälte draußen am Rande irgendeiner

Landstraße in seinem Auto saß (an Sommerabenden parken sie dort zu Tausenden) war von einem Manne überfallen worden. Der männliche Begleiter, so hieß es, wurde erschossen, das Mädchen aber zur nächsten Autobushaltestelle geführt. Der Wagen war ein gelbes Lincoln-Rabriolett! — Und Jon der Täter, das stand bei mir fest.

Ich habe nie mit ihm über die Einzelheiten gesprochen, kann also hier nur meine ungefähren Kombinationen angeben: Jon, der sich den ganzen Tag unter furchtbaren Seelenqualen und kaum mehr zurechnungsfähig herumgetrieben und Rachepläne ausgedacht hat, Jon sieht plötzlich, es wird gegen Abend gewesen sein, vor dem Theater einen gelben Wagen stehen, einen Lincoln. Der Eigentümer des Wagens kommt mit einem jungen Mädchen, er ist ein älterer Mann, das hat Jon genau gesehen. (Bleibt ein Freund des Direktors oder ein Aktionär, dem zuliebe jeden Abend ein Revuemädel beurlaubt wird, denkt Jon grimmig, was weiß man.) Jon ist seiner Sache sicher, folgt dem Wagen und erschließt den Verführer seiner Minny. Das Mädchen, in dem Jon ein neues unschuldiges Opfer vermutet, geleitet er zur Haltestelle. Und dieser Weg vom Nordplatz zur Haltestelle, nächtlich, heimlich mit einem schluchzenden Mädchen, muß aus Jon, ich habe meine Gründe dafür, einen fanatischen Beschützer alles Schwachen, aller Unschuld gemacht haben, dann am folgenden Mittag veröffentlichte die „Times“ einen Brief des (wie sie schreibt „offenbar geistesgestörten“) Mörders, worin er mitteilt, daß noch andere Männer von seiner Hand sterben würden, denn es sei seine Pflicht, die Mädchen vor Verführung zu bewahren! Armer Jon.

Zwei Wochen später trat er eines Nachts elend und abgemagert in mein Zimmer. Er hatte einen Brief für Minny, worin er sie bat, sie möge bei ihrer Mutter auf ihn warten. Ich konnte Jon natürlich nicht bei mir unterbringen, die Gefahr wäre zu groß gewesen, aber ich gab ihm Geld und andere Kleider und ein paar Adressen. 2000 Polizisten und 400 Detektive sind hinter ihm her, und Panzerwagen patrouillieren auf den Landstraßen, damit die parkenden Autos an den Begräbern ihre Ruhe haben. Jon, das hoffe ich, wird sie auch bald wieder haben.

Betten, daß sie ihn niemals zu fassen kriegen?

## Echte und unechte Zwillinge

Jedem, wie die Zwillinge etwas Seltsames, etwas Geheimnisvolles, eine Durchbrechung der Regel. Sie locken die Wissenschaft zur Erforschung des Ungewöhnlichen, der Abweichung. Sie geben den Forschern die Hoffnung, daß man an dieser Stelle einen Blick in viele bisher noch unerforschte Geheimnisse des menschlichen Lebens tun kann. Die Anthropologen haben ein besonderes Kapitel der Zwillingenforschung gegründet und studieren gerade an den Zwillingen wichtige medizinische Probleme, wie die Frage der Vererbung, der abweichenden Entwicklung, der Einwirkung der Außenwelt, der Freiheit des Willens. Kurzum — selbst die letzten Probleme der Menschheit finden gerade in diesem Zwillingenproblem eine besondere Stütze.

Nach dem Stand der bisherigen wissenschaftlichen Forschung zum Problem der Zwillinge unterscheidet man abnehmlich ein- und zwei-eiige Zwillinge, das heißt, solche Zwillinge, die sich entweder aus einem befruchteten Ei entwickelt haben — das sind die echten Zwillinge — oder die aus zwei befruchteten Eiern stammen, das sind die unechten Zwillinge. Diese unechten sind auch die uninteressanteren für die Wissenschaft. Sie sind nichts anderes als gewöhnliche Geschwister, die nur zufällig zu gleicher Zeit geboren wurden. Mit ihnen kann man nichts anfangen.

Anders ist es aber mit den ein-eiigen, den echten Zwillingen. Während die unechten Zwillinge zweierlei Geschlechts sein können, sind ein-eiige Zwillinge immer gleichgeschlechtlich. Bei ihrer Entstehung teilt sich das Ei in zwei erbgleiche Hälften, so daß eigentlich zwei Lebewesen entstehen müßten, die auf Grund der ererbten Eigenschaften einander völlig gleich sein müßten. Das ist nun aber keineswegs der Fall. Die Zwillinge weisen gar mancherlei Unterschiede auf. Und diese Unterschiede sind es, die für die Zwillingenforschung von größter Bedeutung sind, denn an diesen Unterschieden kann man den Einfluß der äußeren Umwelt auf die Lebewesen studieren.

Die Wirkung der Umwelt auf das Lebewesen beginnt eben schon in dessen frühestem Entwicklungsstadium. Die Veränderungen hängen schon von der Lage der Zwillinge im Mutterleib ab. Es ist heute

eine für die Wissenschaft bekannte Tatsache, daß es günstige und ungünstige Plätze im Mutterleib gibt. Der eine der Zwillinge kann vorteilhafter gelagert sein als der andere und deshalb besser entwickelt zur Welt kommen. Allerdings kann das spätere Leben diesen Vorteil häufig wieder ausgleichen. Solche Veränderungen bezeichnen die Wissenschaftler als Nebenänderungen und sie betreffen nur alle nicht erblichen Dinge. Tritt eine Änderung der Erbmasse selbst ein, was allerdings sehr selten vorkommt, so bezeichnet man das als Erbänderung. Die Ursachen einer solchen Erbänderung sind heute der Wissenschaft noch völlig unbekannt. Die Frage ist nun, wie man ein-eiige und zwei-eiige Zwillinge unterscheidet.

Früher galt als besonderes Merkmal dafür die Beschaffenheit der Haut, in die die Frucht gehüllt war. Die ein-eiigen Zwillinge stecken nämlich gewöhnlich in einer einzigen Haut, während die zwei-eiigen in zwei voneinander getrennten Häuten stecken. Neuere Forschungen haben aber gezeigt, daß das kein zuverlässiges Merkmal ist. Dagegen stimmen ein-eiige Zwillinge in einer großen Anzahl von erblichen Eigenschaften überein, und diese Übereinstimmung grenzt oft ans Wunderbare. Es ist zum Beispiel charakteristisch für ein-eiige Zwillinge, daß einzelne Körpermerkmale bei ihnen spiegelbildlich vorhanden sind. Außerdem haben die ein-eiigen Zwillinge die gleiche Temperatur, den gleichen Blutdruck, die gleiche Art der Herz-tätigkeit. Die Kinder lernen gleich rasch gehen und sprechen und haben auch in psychischer Hinsicht interessante Gleichheiten.

Die echten Zwillinge besitzen gewöhnlich dieselben Neigungen, dasselbe Talent, sind unzertrennlich und ergreifen nicht selten denselben Beruf, ja, gewisse vererbte Krankheiten treten zu gleicher Zeit bei ihnen auf, so Erkrankungen der inneren Organe: des Herzens, des Magens, der Ohren und der Nase, aber auch der Nerven und des Geistes. Die Zwillingenforschung steht heute noch in den Anfängen ihrer Entwicklung und wird uns wahrscheinlich in den nächsten Jahren noch wertvolle Aufschlüsse über die Entwicklung des Menschen und über die Probleme der Vererbung und der äußeren Beeinflussung bringen.

## Rettung der Bank

Der 6. Dezember 1745 war ein Schreckensfreitag für London. Karl Eduard Stuart stand mit seinen schottischen Truppen schon in Derby, verkündete in einem Manifest die Wiederaufrichtung der Stuart-Herrschaft, Ungültigkeitserklärung aller unter dem hannoveraner Georg I. ausgenommenen Staatsschulden und den Tod aller Gegner der Stuarts.

Diese Nachricht traf am späten Nachmittag in London ein und wirkte in der Bank von England wie eine Bombe. Die Lage der Bank war durch den Anmarsch des aufständischen Heeres ohnedies äußerst schwierig geworden, sie war dem zu erwartenden Run auf ihre Kassen nicht mehr gewachsen, man beriet also stundenlang, entschloß sich endlich, als letzten Versuch Gerüchte über die bevorstehende Landung von französischen Truppen verbreiten zu lassen und holte sofort den Agenten David Maty.

David Maty kam, hörte, schüttelte den Kopf. Er war die Ratte der Bank, die alle unterirdischen Kanäle kannte, durch die man wichtige Nachrichten um einige Stunden früher erfährt als die anderen Banken, er war das Faktotum für alle verschwiegenen Aufträge, aber er erklärte jetzt, daß selbst der dümmste Matker Londons auf diesen Schwindel mit dem französischen Heer nicht hereinfallen und machte einen neuen Vorschlag, der schließlich angenommen wurde.

Jetzt rannte David Maty von acht Uhr abends bis vier Uhr morgens durch ganz London, schellte bei seinen Agenten und Spionen, verteilte seine Anweisungen. Um fünf Uhr standen seine dreihundert Leute in der nebligen Finsternis vor der Bank von England und versperrten der Menge der später kommenden Kaufleute und Bürger den Weg. Und jetzt begann jene Komödie, die Maty ein schönes Stück Geld eintrug:

Seine Garde ließ sich Mann für Mann am Schalter auszahlen, jeder erhielt einen Stoß kleiner Noten, die er vorsichtig nachzählte, jeder marschierte dann durch einen Seiteneingang in die Bank, kletterte dort sein Geld wieder ab und stellte sich sofort wieder an!

Es wurde fast Mittag, bis die Leute David Matys erledigt waren. Dann kamen die ersten wirklichen Abgeber an die Reihe, aber mit ihnen drängten sich auch schon wieder die ersten Leute Matys vor und sorgten mit ihren Ellenbogen dafür, daß die Bank von England rasch wieder zu ihren Pfunden kam.

So rettete an diesem denkwürdigen Tage der kleine Agent Maty die Bank von England vor dem Run ihrer Einleger!

Volkmar Iro.

## Insektentöne und Temperatur

Insekten reagieren so empfindlich auf den Temperaturwechsel, daß sie geradezu als lebendige Thermometer gelten dürfen. Auch die musikalische Betätigung gewisser Insektenarten ist von dem Grade der Temperatur abhängig. So ist die als „Grashüpfer“ bekannte gemeine Laubheuschrecke, wie eine amerikanische Zeitschrift ausführt, bei 35 Grad Celsius am lautesten und stellt, wenn die Temperatur unter 16,6 Grad sinkt, das Zirpen ein. Bei einer Temperatur unter 7,2 Grad vermag der Grashüpfer auch nicht mehr zu fliegen, und wenn das Thermometer auf 2,5 Grad sinkt, ist er außerstande, an einem Grashalm emporzuklettern. Hört man deshalb einen Grashüpfer, so kann man daraus schließen, daß das Thermometer mindestens 17 Grad Wärme zeigt.

„Grillen“, heißt es in dem Artikel weiter, „sind als Temperaturanzeiger aber noch viel zuverlässiger“. Von den zwei Arten der Grillenfamilie sind die gemeine Hausgrille, das vielbesungene Heimchen, und die weiße Baumgrille besonders gute Thermometer. Will man die Temperatur nach dem Gezirp des Heimchens berechnen, so braucht man nur die Zahl der Zirptöne, die es in 14 Sekunden hören läßt, zu zählen und vierzig zuzurechnen, um den Temperaturgrad (nach Fahrenheit) zu bestimmen, die an dem Ort, wo sich der Sänger aufhält, gerade herrscht.

Die Zahl der Zirprufe der weißen Baumgrille und ihre Wechselbeziehungen zur Lufttemperatur hat Professor Dolbear von Massachusetts auf eine exakte mathematische Formel gebracht und auf dieser Grundlage eine Thermometerkala aufgestellt, von der man die Zahl der verschiedenen Zirprufe entsprechenden Wärmegrade ablesen kann. Die Berechnung gründet sich auf die Erfahrung, daß diese Zirprufe viermal in der Minute für jeden Temperaturgrad über 4,5 Grad erfolgen. Diese weiße Baumgrille ist deshalb als Thermometer verwendbarer als das Heimchen, weil zwar beide nur die Temperatur der umgebenden Luft anzeigen, erstere aber im Freien zirpt, während das Heimchen im warmen Winkel eines Hauses musiziert.

Honigbienen schwärmen aus dem Stod, wenn die Temperatur etwa 30 Grad Wärme erreicht, während sie im Stod einen kompakten Schwarm bilden, wenn das Thermometer auf 14 Grad fällt. Bei 8,8 Grad beginnt der Bienenschwarm Eigenwärme zu produzieren. Etwa 40 Grad Wärme sind für die Arbeit der Bienen die günstigste Bedingung. Bei diesem Wärmegrad sind sie auch harmlos, während sie sich reizbar und angriffs-lustig zeigen, wenn die Temperatur unter 21 Grad sinkt.

# Der Graf von Monte Christo.

## Lächerlich geringe Geldstrafe für aufgelegten Schwindel.

Vor längerer Zeit sah man in vielen Zeitungen und Zeitschriften die Inserate eines Gession-Berlages, der den Lesern, die ihm 1,92 Mk. für Portoauslagen einreichten, die Zusendung des Romanwerkes von Dumas, Der Graf von Monte Christo, versprach. Dieses Versprechen war Humbug und Schwindel. Nahezu hunderttausend Leute mußten einfallen, ehe die Gerichte eingriffen. Jetzt haben sie eingegriffen und die Schuldigen zu einer lächerlich geringen Strafe verurteilt, einer Strafe, die so gering ist, daß sie für andere Gauner beinahe einer Aufforderung gleichkommt, denselben Schwindel noch einmal zu inszenieren.

Der Gession-Berlag G. m. b. H. in Berlin hatte durch Inserate in den verschiedensten Tageszeitungen Deutschlands die Leser auf das Werk Alexander Dumas, Der Graf von Monte Christo hingewiesen und mitgeteilt, daß er ein Subskriptionswert kostenlos denjenigen Interessenten zusenden werde, die den am Ende des Inserates befindlichen Abschnitt einreichen würden. Der Interessent brauche nur für jedes Großheft acht Pfennige, also in Summa 1,92 Mark, für die Portoauslagen zu bezahlen. Denjenigen, die nun den Abschnitt an den Gession-Berlag einreichten, wurde darauf nicht das Werk, sondern nur ein Einband zur Ansicht zugesandt mit dem Bemerkten, daß der Gession-Berlag infolge seiner großen technischen Mittel in der Lage sei, einen imitierten Ledereinband zu liefern, und zwar seien für jeden Einband noch 1,92 Mark zu bezahlen. In diesem Verfahren hat die Zentrale zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs sowie der

Börseverein der Deutschen Buchhändler in Leipzig einen unlauteren Wettbewerb erblickt und gegen die Geschäftsführer des Gession-Berlages, Bogel und Thorsen — der Gession-Berlag ist inzwischen in Konkurs gegangen — Strafanzeige gestellt. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stellte sich der Börseverein der Deutschen Buchhändler auf den Standpunkt, daß man die Bücher nicht aus kulturellen Gründen, sondern aus Geldinteressen verhandelt habe. Der Fachmann habe sofort die schlechte Qualität des Druckes erkannt. Der Gession-Berlag habe lediglich auf die Unkenntnis der geschäftsungeübten Besteller spekuliert. Worte, wie „gratis“ und „kostenlos“ seien Schlagworte, die auf die Bevölkerung stark wirkten, weshalb ein derartiges Geschäftsgebahren irreführend sei. Es wurde in der Verhandlung noch festgestellt, daß tatsächlich in kurzer Zeit 91 000 Leute dieses Buch bestellt und dann 13 000 die gebundene Ausgabe abgenommen haben. Der Gession-Berlag habe dabei einen Bruttoerlös von 200 000 Mark gehabt, denen 51 000 Mark Herstellungskosten gegenüberstünden.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte die beiden Geschäftsführer des Gession-Berlages wegen Vergehens gegen Paragraph 4 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb zu Geldstrafen von je 50 Mark ersatzweise 5 Tagen Gefängnis, da auch nach Ansicht des Gerichts das Geschäftsgebahren des Gession-Berlages irreführend im Sinne des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb gewesen sei.

## Die Stahlhelm-Kommunisten.

### Sie tagen im Verkehrslokal ihrer Volksentscheidsfreunde.

Für den preussischen Volksentscheid, von dem man nicht weiß, ob es sich um einen roten, einen schwarzweißroten, einen sowjetfahrischischen Antivolksentscheid handelt, hatten die Mannen Thälmanns in einem Berliner Bezirk kürzlich zu einer Funktionärskonferenz einberufen. Wo hat sie getagt?

Wir haben am vergangenen Mittwoch die Kommunisten darauf hingewiesen, daß am Sonntag in mehreren Treptower Lokalen Stahlhelmskundgebungen zur Propaganda für den sogenannten Volksentscheid stattfanden. Wir erlaubten uns, darauf hinzuweisen, daß sicher auch die Kommunisten sich an diesen Kundgebungen beteiligen würden; da bekanntlich gleich und gleich sich gern gesellt. Damals war unsere Aufforderung ironisch gemeint, aber die letzte Funktionärversammlung beweist uns, daß bei den Kommunisten auch das Unmögliche Wahrheit wird. Denn: Wo fand die Funktionärversammlung statt?

Antwort: In der Bodbrauerei Fildicinstrasse. In der Bodbrauerei verkehren, wie uns ein zuverlässiger Gewährsmann mitteilt, die Nazis und Stahlhelmer als Stammgäste. Nach dem Stahlhelmaufmarsch wurde dies Lokal — es ist jetzt zwei Jahre her — von der Berliner Arbeiterschaft gemieden. Warum? Damals nahm dieses heute kommunistisch-stahlhelmtische Lokal die Stahlhelmer in Quartier. Gerade die Kommunisten, und vor allem die „rote Fahne“, empörten sich hierüber. Sozialdemokraten, Freigewerkschafter und Reichsbannerkameraden mieden diese Gaststätte, die Kommunisten halten dort seit dem Abschluß ihres Bündnisses mit Seidte, Hugenberg und Hitler ihre Funktionärversammlungen ab.

Wer kämpft gegen den Faschismus? „Nur die Kommunisten!“ Wie machen sie es? Sie kämpfen Arm in Arm mit Stahlhelm, Hitlerleuten und Hugenbergern gegen das republikanische Preußen und halten ihre Funktionärversammlungen in Lokalen ab, die von jedem wirklich klassenbewußten Arbeiter gemieden werden!

## Wie eine berühmte Briefmarke entstand.

Am Reichspostmuseum ist zurzeit eine interessante Sonderausstellung zu sehen, die den Entwicklungsgang des Markenbruchs der Marke im Nennwerte von 20 M. darstellt, die im Jahre 1921 herausgegeben wurde. Diese Marke stellt bekanntlich einen Pflüger mit Pferd dar. Sie wird allgemein in philatelistischen Kreisen als die schönste Marke bezeichnet, die von der Reichspost in den letzten Jahren herausgebracht wurde. Die Ausstellung läuft noch sechs Wochen.

## Billige Kurtaxe, verteuertes Licht.

Um den Fremdenverkehr nicht durch hohe Abgaben fernzuhalten, haben die städtischen Körperschaften in Bad Nauheim (Märkische Schweiz) die Kurtaxe nunmehr endgültig in der Weise festgelegt, daß für jede Nacht eine Gebühr von 30 Pfennig erhoben wird. Ein Aufenthalt über drei Wochen bleibt steuerfrei. Um den dadurch entstehenden Ausfall im städtischen Etat zu decken, mußten die Lichtpreise von 55 auf 65 Pfennig für die Kilowattstunde erhöht werden.

## Erntefest in Buchholz.

Wenn zu Zeiten Goethes die Kleingartenbewegung schon bestanden hätte, der Dichter würde gewiß statt des „Osterpaziergangs“ ein Erntefest der Laubentkonnisten besungen haben. Hier ist des Volkes wahrer Himmel! konnte man auch in Buchholz ausrufen, wo der Verein „Gravenstein“ alljährlich ein traditionell gewordenes Erntefest feierte. Weich ein Gewimmel von Volkstypen! Hoch zu Ross und in grünbetragten Erntewagen oder auf Schusters Rappen war jung und alt auf dem Festplatz erschienen, das weibliche Geschlecht als Sylphiden und Nymphen, die Männer in barocker Vermummung als Landsknechte, Bürgermeister auf Ahruf oder in der kleidamen Kleingartenuniform mit weißen Hosen und weißer Schirmmütze. Eine neue Notverordnung wurde auf dem Festplatz verkündet: Alle Sorgen an diesen Tage fahren zu lassen. Gendarmen waren im dichten Volksgewühl emsig tätig, jeden Besucher, den sie beim Rauchen ertappten, mit einer Rauchkarte zu 10 Pf. zu bestrafen; mit einer wahren Belesenheit war das junge Volk beim Tanzen, während von anderen das Glück an den zahlreichen Würfelbuden, Schießständen und Glücksrädern versucht wurde. Ein Kinderreigen wurde von den Jüngsten vorgeführt, und abends gab es einen Fackelzug durch die mit bunten Papierketten und Wimpeln geschmückte Laubentstadt.

## Genossenschaftsgeist bleibt siegreich.

Am Sonntag, dem 19., und am Montag, dem 20. Juli, feierten die Genossen aus der Siedlung „Freie Scholle“ in Berlin-Tegeles ihr diesjähriges großes Sommerfest unter dem Leitwort: „Genossenschaftsgeist bleibt siegreich!“ Wehrlich den Festen in der Gartenstadt Falkenberg bei Grünau und in der Hufeisenriedlung zu Brix ziehen die Sommerfeste der „Freien Scholle“ durch ihre Versuche, zu einer neuartigen Festgestaltung zu kommen, von Jahr zu Jahr mehr Genossen aus anderen Bezirken als Gäste an. Der Mittelpunkt des Festes war

der wirkungsvolle Festzug, der „die Scholle im Wandel der Zeiten“ in originellen und humorvollen Gruppen von der Steinzeit bis zur Gegenwart darstellte und viel Anerkennung fand. Nach gelungenen Darbietungen des gemischten Chores Freie Scholle (Mitglied des NSB.) und einem wirkungsvollen Aufruf des Genossen Hugo Schulze zu genossenschaftlichem Wirken und Aufbauem trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart wurde der Festzug aufgelöst. Auf dem Festplatz entwickelte sich unter Mitwirkung der Roten Falken und des Arbeiterschützenbundes bei zahlreichen Volksbelustigungen noch lange ein buntes und lustiges Festreiben.

## Steuer auf Kopfschaare.

### Alt-Berliner Steuer-Kuriositäten.

Es war in alten wie auch in unseren Zeiten stets Sache der Finanzgewaltigen, den Steuerfädel durch irgendwelche Abgaben zu füllen, um den Steuerstrom nicht versiegen zu lassen. Auf welche dröckliche Einfälle auch schon in alten Berlin „Steuerfinanzgenies“ kamen, geht aus Steuerkuriositäten hervor, die z. T. sich recht witzig anhören.

Der erste Preußenkönig benötigte zu seinem Titel auch Geld. Deshalb wurden unter ihm sogar die Kopfschaare besteuert, d. h. die Perücken, die man an Stelle des natürlichen Haares auf dem Kopfe trug und dafür jährlich 3 bis 3½ Taler steuern durfte. Wer Gold oder Silber in irgendeiner Form (Schmuck) an seinen Kleidern oder als Anhängel liebte, durfte jährlich für das Verschmachten einen Taler entrichten. Diejenigen, die in einem Wagen über das holprige Pflaster der Residenz fahren wollten, hatten jährlich 3 Taler zu zahlen. Die Damen luden jährlich eine Kopfschulter, eine Strumpf, Stiefel, Pantoffel- und Hutsteuer ab. Während die Pantoffelhelden steuerfrei waren, mußte sich jede Jungfer, die das zwanzigste Jahr erreicht hatte, der Jungfersteuer fügen, bis es ihr gelang, einen Mann zu bekommen oder sie die „kanonische Grenze“ (40 Jahre) erreichte.

Am alligsten mutet die persönliche, leibhaftige „Kopfschulter“ an. Jeder zahlte dafür, daß er einen Kopf hatte, seine Kopfsteuer. Auch der Hof führte diese ab, und der König schätzte sein Haupt jährlich auf 4000 Taler, die Königin auf 2000 ein. Dementsprechend jinst auch das Militär, das pro Jahr einen Monatslohn einzuzahlen hatte. Wenn also Thüringen im vorigen Jahr seine Jungfersteuer propagierte oder wenn einmal in Steuerarschüssen Meinungen über diese oder jene angeblich neue Steuerart auftraten, die Wigbolden Stoff zum Lachen geben, so sind alle diese Vorschläge irgendwann schon einmal dagewesen, sogar in Berlin.

## Erleichterung bei Scheckannahme

### durch die Kassen der Reichsfinanzverwaltung.

Versuchsweise werden im Landesfinanzamtsbezirk Berlin bei den Kassen der Reichsfinanzverwaltung außer Wechseln auch Richtplatzschecks, und zwar auch Kundenschecks — jedoch nur für Zahlungen — angenommen. Einzahlungstag für Richtplatzscheck ist erst der Tag, an dem der Scheckbetrag dem Reichs gutgeschrieben wird. Zur Vermeidung der hohen Verzugszuschläge von 5 Proz. halbmöndlich müssen solche Schecks daher so rechtzeitig übergeben werden, daß der Betrag bis zum Fälligkeitstage der Steuerschuld dem Reichs gutgeschrieben werden kann. Schecks, die auf die Darmstädter und Nationalbank ausgestellt sind, werden nur angenommen, wenn sie vom Steuerschuldner selbst auf ein eigenes Konto bei der Danabank ausgestellt sind.

## Geheimnis um den Tod eines Großgrundbesizers.

Aus Briel in Schlesien wird gemeldet: Der Rittergutbesitzer Friedrich von Löbbecke, ein Mitglied der bekannten schlesischen Großindustriellenfamilie, wurde am Sonntag auf Schloß Groß-Neudorf erschossen aufgefunden. Entgegen Mitteilungen, die von einem Unfall sprechen, wird angenommen, daß Selbstmord, veranlaßt durch familiäre Verhältnisse, vorliegt. Die wirtschaftliche Lage des Erschossenen kann als vorzüglich bezeichnet werden.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Gesellschaft: Berlin S 14, Schützenstraße 27-28. Sa. 2. Tr. Garmershand, Freitag, 21. Juli, 8 Uhr, 8 Uhr, 8 Uhr, 8 Uhr. Berliner Reichsbanner, Ortsvereinsvorsitzender und best. stellvertretender Leiter im Gau. — Donnerstag, 20. Juli, Mitte (Ortsverein): Für die Mitglieder wird im Kino „Imperial“, Potsdamer Str. 49-51 (am Badischen Markt), bei 8 Uhr „Im Westen nichts Neues“ gespielt. Freitag, 21. Juli, 8 Uhr, 8 Uhr, 8 Uhr, 8 Uhr. (am Badischen Markt). — Freitag, 20. Juli, Biergarten (Jugendbundesklub): Primabend bei Best. — Mittagsbesprechung und Abrechnung der schon verlaufenen Saison für die Verlagsanstalt. — Samstag (Ortsverein): 30 Uhr familiäre Jugendbundeskameraden und Theaterspieler erscheinen im Jugendheim. Referent: Kamerad Axel über „Broschüre“. — Reichsbanner (Ortsverein), Kameradschaft „Freie Scholle“: 20 Uhr Versammlung im Schützenzug.

**Arbeitsgemeinschaft für Fortbildung und Naturkunde, e. B. 152.** Arbeitsgemeinschaft, 1. August, Besichtigung der Bauausstellung auf dem Westgelände. Führung: Dipl.-Ing. Garmershand. Treffpunkt 18 Uhr vor dem Haupteingang der Ausstellung (nahe Bahnhof Wilmersdorf).

## Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

- Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!
- Heute, Donnerstag, 30. Juli.
- 12. Abt. 10 Uhr mittlere Funktionärversammlung bei Frau, Kollwitz-Platz 22.
  - 102. Abt. Außerordentlich wichtige Funktionärversammlung in „Neu-Tempel“, Kreuzberg 33.
- Freitag, 31. Juli.
- 13. Abt. 9½ Uhr Wiederbeginn des Erwerbslostenkurses unter Leitung des Genossen Krollig im Jugendheim Wilmersdorf, am Bahnübergang.
  - 24. Abt. Funktionärversammlung bei Best. —
  - 26. Abt. Funktionärversammlung bei Best., Tüftler Straße, Anfang pünktlich, vertretbar sein.
  - 28. Abt. Funktionärversammlung bei Best., Friedenstr. 28. Alle Best. müssen vertreten sein.
  - 33. Abt. 20 Uhr Funktionärversammlung bei Best. Die Best. müssen teilnehmen.
  - 69. Abt. Jugendabteilungssitzung bei Best. Die Best. müssen teilnehmen.
  - 72. Abt. Mitgliederversammlung im Lokal „Garmershand“, Kollwitz-Platz 22. Referent: Kamerad Axel über „Broschüre“.
  - 97. Abt. Funktionärversammlung bei Best.

- Sonnabend, 1. August.
- 37. Abt. Kundgebung gegen Krieg, für Völkerverständnis und Völkerverständigung um 19½ Uhr, Schiller-Theater, Schillerstr. 17. Vorführungsfolge: Streiter heraus, Kämpfer heraus. (Film vom Kollwitz in Leipzig.) Kulissen des „Roten Kollektivs“. Ansprache des Genossen Walter Meier, Vorführung des großen Antikriegsfilms „Derbun“, Unkostenbeitrag 60 Pf. Es laßt sich ein 57. Abt. der SPD.

- Sonntag, 2. August.
- 12. Abt. Antikriegskundgebung im Stadion Neufeld. Die Genossen und Genossinnen treffen sich um 19½ Uhr vor dem Stadion. Die Best. müssen teilnehmen, die Genossen zur Kundgebung einzuladen. Am Dienstag, 21. Uhr, wichtige Funktionärversammlung. Lokal wird noch bekanntgegeben.

**Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.**  
Arbeitsgemeinschaft, Morgen am dem Sommerplatz Trebe für die Antikriegsfeier im Neufeldner Stadion. Jung- und Alte sollen nehmen daran teil. Bei Regenwetter ebenfalls Sommerplatz (Tetande).

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

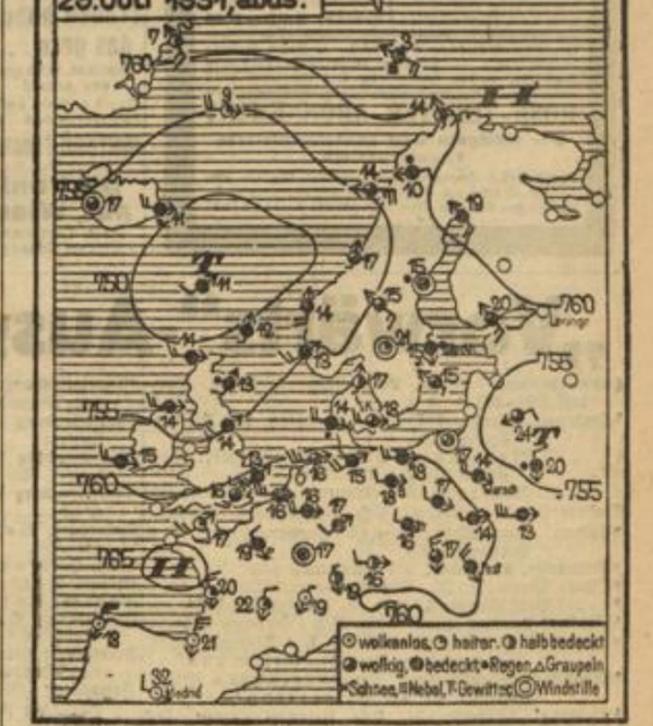
Einfendungen für diese Rubrik sind stets an das Jugendsekretariat Berlin S 14, Lindenstraße 3

- Alle Gruppen melden sich am Dienstag, 4. August, auf Flugblattverteilung bei den in Frage kommenden Bezirksleitern der Partei.
- Reizklausuren:** Wochenschrift 1. August im Vortragssaal des T. A. S. S. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr. Eintr. Beginn am Sonnabend, 19. Uhr. Thema: „Falkenarbeit“. Referent: Genosse Karl Schäfer-Kürberg.

- Heute, Donnerstag, 20. Uhr.
- Kundgebungen „Proletarische Jugend gegen Kirche und Reaktion“:
- Widmungsschule Nord** (Werbebezirk Tiergarten, Wedding und Reinickendorf): Kaminus-Schule, 12., Bremer Str. 72. Referent: Kamerad Fritz Schmidt.
  - Widmungsschule West** (Werbebezirk Mitte, Prenzlauer Berg und Banow): Döbberingstr. 13. Referent: Kamerad Karl Schmidt.
  - Widmungsschule Ost** (Werbebezirk Prenzlauer Berg, Mitte und Ost): Andreas-Teichstr. 17. Referent: Kamerad Fritz Schmidt.
  - Widmungsschule Süd** (Werbebezirk Kreuzberg, Neukölln und Tempelhof): Gaudenzius-Str. 17. Referent: Kamerad Werner-Sagan.
  - Widmungsschule West** (Werbebezirk Schöneberg, Westend und Tempelhof): Kollwitz-Platz 22. Referent: Kamerad Fritz Schmidt.

- Treffpunkte der Abteilungen und Werbebezirke:**
- Kreuzberg:** 19½ Uhr Döbberingstr. 13. — **Neukölln:** 19 Uhr Gaudenzius-Str. 17. — **Schöneberg:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Westend:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Reinickendorf:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Wedding:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Mitte:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Ost:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Tempelhof:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Süd:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22. — **Nord:** 19 Uhr Kollwitz-Platz 22.

## Allgemeine Wetterlage.



Die Regenfälle, die gestern über Ostdeutschland niedergingen, hielten heute in Ostpreußen noch an, wo 22 Millimeter fielen. Im übrigen Reich kam es nur zu einzelnen Schauern. Die Westwinde ließen die Temperaturen nicht besonders hoch ansteigen. Mehr als 20 Grad wurden fast nirgends mittags gemessen. Das Hoch, das das südliche Mitteleuropa und Südwesteuropa überdeckt, dürfte bei den geringen Druckänderungen seine Lage nur wenig ändern, so daß unter dem Bereich der westlichen Winde bleiben dürfte. Damit wird auch das ziemlich kühle Wetter anhalten. Ein neues Störungsgebiet über den britischen Inseln wird die Niederlagsneigung anhalten lassen.

**Wetterausichten für Berlin:** Wolkig, nur zeitweise aufhellend, Neigung zu einzelnen Regenschauern. — Für Deutschland: Auch in Ostpreußen Besserung, im übrigen Reich im ganzen keine wesentliche Änderung.

**Russische Wirbeltiere in Garmershand** zeigt zum erstenmal die Zoonose-Gruppe im August im Wintergarten. Die Russen kommen gerade von London, wo sie die größten Erfolge zu verzeichnen hatten. Neu für Berlin ist ferner das „Broschüre-Büro“ 4 Herren, 3 Damen, begleitet von einer Harmonika, die durch alle Besten (nicht verjagt) die Wirt erfragen. Der „Broschüre-Büro“ ist besonders sensationell.



## An der Grenze.

### Untragbare Behandlung der Sparer und des Kleingewerbes

Kein Tag vergeht, an dem nicht neue Hilfsleistungen vom Reich den Großbanken gewährt werden, neue Risiken zugunsten der privaten Kreditbanken und ihres Kundenkreises übernommen werden. Für die Großbanken sind nun endlich die Vorbereitungen für den unbeschränkten Zahlungs- und Ueberweisungsverkehr im Gange. Dagegen werden bisher keine Anstalten gemacht, um den vollen Auszahlungsverkehr bei den Sparkassen zu bewerkstelligen. Der Deutsche Städtetag mußte bereits angesichts der Untätigkeit und Interesslosigkeit, um den vollen Auszahlungsverkehr bei den öffentlichen Banken beim Reichswirtschaftsminister vorstellig werden und die Forderung erheben, daß wenigstens hinsichtlich der Zahlungsmittelversorgung die öffentlichen Kreditinstitute von Reichsbank und Reichsregierung in gleicher Weise wie die privaten Banken behandelt werden.

Die Sparkassen sind intakt, haben die ihnen anvertrauten Gelder entsprechend den gesetzlichen Vorschriften sicher angelegt, haben keine Fehlinvestitionen finanziert, keine eingefrorenen Kredite in dem Maße, wie es bei den Großbanken der Fall ist. Es wäre eine unverantwortliche Diskriminierung des gesunden öffentlichen Bankwesens, eine Provokation der Sparer und Kleingewerbetreibenden, wenn man den Sparkassen die hinreichende Barmittelversorgung, die sie zur Vollauszahlung benötigten, verweigern würde.

Man komme nicht mit kredittechnischen Ausflüchten. Will man etwa die Sparkassen für ihre gemeinwirtschaftliche mündelsichere Anlagepolitik büßen lassen? Die Kreditunterlagen, die die öffentlichen Banken geben können und angeboten haben, sind absolut sicher, wesentlich einwandfreier jedenfalls als manche der neu heringeholten Wechsel der Kreditbanken. Man behauptet auch nicht, daß die Guthaben nicht benötigt werden. Die Sparkassen haben auch in ruhigen Zeiten eine ständige große Fluktuation ihrer Konten, da es sich bei ihren Einlagen zum großen Teil um vorübergehende Rücklagen des Kleingewerbes und der Arbeitnehmererschaft handelt. Der Auszahlungsbedarf beträgt in ruhigen Zeiten mehr als eine halbe Milliarde pro Monat. Will man die 15 Millionen Sparer und Kleingewerbetreibende, die ihre Rücklagen den Sparkassen für volkswirtschaftlich wichtige Anlagezwecke zur Verfügung gestellt haben, unter ein Sonderrecht stellen, ihnen die Abhebungsmöglichkeit vorenthalten, die jeder Großkapitalist, mag er auch seine Reserven ins Ausland verschoben haben, für seine Bankguthaben und Kredite in Anspruch nehmen kann?

Begreift man denn nicht, daß Ruhe und Vertrauen des Volkes mit dem Sparkassenwesen steht und fällt! Hat man denn kein Verständnis für den Wiederaufbau des Sparmillens und der Sparkraft des Volkes, die grandiose Leistung der Sparkassen, die in sieben Jahren aus dem Nichts wieder mehr als 11 Milliarden Einlagenbestand sammelten! Will man diesen Empfänger des deutschen Spar- und Kreditwesens mit Gewalt kaputt schlagen?

Der jetzige Zustand der Rationierung der Auszahlung ist völlig untragbar. Hat man denn nichts aus früheren Erfahrungen gelernt, weiß man denn nicht, daß Rationierungen Hamsterei Unruhe und Angst geradezu erzeugen müssen! Solange dieser Zustand anhält, werden die Massen verängstigt bleiben, wird keine Beruhigung eintreten und werden außerdem unzählige Einleger, die ihre Rücklagen dringendst benötigen, aufs schwerste geschädigt.

Die Sparkassen müssen genau in dem gleichen hinreichenden Umfang mit Barmitteln versehen werden wie die privaten Kreditbanken. Zur gleichen Stunde mit diesen müssen auch die Sparkassen die Schalter wieder in vollem Umfang öffnen können.

Die kommunalen Spigenorganisationen haben der Reichsbank und der Reichsregierung ganz präzise Vorschläge unterbreitet, nach denen — sei es nun unter Anschluß an die vorhandene oder eine neu zu schaffende Akzept- und Garantienbank für die öffentlichen Banken, sei es mit Hilfe einer zentralen Lombardstelle — absolut sichere Kreditunterlagen der Reichsbank zur Verfügung gestellt werden sollen und sofort die Barmittelversorgung der öffentlichen Banken erfolgen muß.

## Die Schwindsucht bei den Nazizeitungen

### Völlige Pleite des Essener Organs.

Essen, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die Essener „Nationalzeitung“, das Organ der Nationalsozialisten des rheinischen Ruhrgebietes steht vor dem finanziellen Ruin und hat von ihren Gläubigern ein „Moratorium“ erbeten. Die Forderungen sollen nach Möglichkeit in Raten vom 1. Februar bis Mai 1932 getilgt werden. Aus dem Status des Blattes ergibt sich, daß die Aktiven 252 000 Mark, die Passiven 533 000 Mark betragen, also eine Ueberschuldung von 278 000 Mark besteht.

Die Gläubiger lehnten das „Moratorium“ in der ihnen vorgeschlagenen Form ab. Man hatte ihnen als Sicherheit u. a. die Übertretung einer Forderung des früheren Naziverlegers Schmidt in Höhe von 200 000 Mark angeboten, die dieser aus einem Prozeß mit der Stadt Kiel herleitete. Damit war die Gläubigerschaft jedoch nicht zufrieden. Sie forderte als Voraussetzung für ein Stillhalten die rechtsverbindliche Bürgschaft Hitlers bzw. der Reichsparteileitung. Schließlich wurde ein vorläufiger Gläubigerausschuß gebildet. Ihm soll zunächst schriftlich der genaue Stand des Blattes mitgeteilt und nach Verhandlungen mit Hitler in einer neuen Versammlung Bericht erstattet werden.

Als Vertreter Hitlers wählte ein Major a. D. Wagner, der Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung der NSDAP, der Gläubigerversammlung bei. Er erklärte, daß er sich für die Bürgschaft Hitlers einsetzen werde. Er sahre sofort nach Nürnberg, wo Hitler eine Besprechung mit einem anderen Parteiführer habe.

Es erhebt sich die Frage:

Wer ist der „andere Parteiführer“, der am Dienstag in Nürnberg mit Hitler konspiziert hat? Cima Herr Dingeldey von der Deutschen Volkspartei?!

## Unzureichende Kapitalfluchtverordnung.

Die „Agence Economique et Financière“ läßt sich aus London melden, daß im Zusammenhang mit der deutschen Rotverordnung, wonach die deutschen Geschäftsteile ihre ausländischen Vermögen anzumelden haben, sich plötzlich eine starke Vermehrung von Warenträgern für deutsche Rechnung bemerkbar macht. In der vergangenen Woche wurden die umfangreichsten Käufe von Kupfer, Zinn und anderen industriellen Rohstoffen, aber auch von Pelzwerk auf das Konto von Deutschen durchgeführt. Die Rotverordnung enthält keine Bestimmung, durch die diese zu erwartende Umgehung der Anmeldepflicht und Abgabepflicht verhindert werden könnte.

## Hugenberg diktiert seinen Aufruf.



„Schreiben Sie: Mancher hat bisher am Erfolge des Stahlhelm-Volksbegehrens gezweifelt. Es schien ausgeschlossen, die Hälfte der preussischen Stimmberechtigten für irgendeinen Volksentscheid auf die Beine zu bringen...“



„Das ist jetzt anders!“

## Wiener Kongreßarbeit.

### Tagungsbeschlüsse der Journalisten und Juristen.

Wien, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die politische Kommission des Internationalen Kongresses führte heute nachmittag im kleineren Kreise unter dem Vorsitz von Camille H. J. H. und unter Teilnahme von je zwei Deutschen, Franzosen und Engländern sowie je einem Polen und Tschechen die große Debatte zu Ende. Es wurde eine Resolution über die Lage in Deutschland und in Mitteleuropa und die Aufgaben der Arbeiterklasse gutgeheißen, die Formulierung wurde einer dreigliedrigen Unterkommission übertragen. Auch die anderen Kommissionen haben ihre Arbeit heute weiter gefördert, so daß am Donnerstag die Abrüstungsdebatte voraussichtlich beendet und wohl auch

schon die große politische Debatte

mit dem allgemein gespannt erwarteten Referat Otto Bauers beginnen wird.

Am späten Abend trat noch eine überaus stark besuchte internationale sozialistische Journalistenkonferenz zusammen, die sich mit allgemein interessierenden Berufsfragen der Parteipresse beschäftigte, sowohl mit technischen Zeitungsfragen sowie auch mit ihren dringenden politischen aktuellen Aufgaben.

Gleichfalls am heutigen Tage wurde die Internationale sozialistische Juristenkonferenz, die bereits am Dienstag begonnen hatte, zu Ende geführt. Nach gründlicher Debatte wurde einstimmig eine Entschließung

gegen den ungeheuerlichen Terror des Diktatorregimes in Polen

angenommen, wobei besonders die Vorgänge in Brest-Litowsk und in Bialystok eingehend erörtert wurden. Die Leitung der Internationalen Sozialistischen Juristenkonferenz wurde beauftragt, diese Vorgänge auch weiter genau zu verfolgen, auch die Behandlung der politischen Gefangenen in anderen Ländern, besonders auch in Rußland zu beobachten und nötigenfalls mit ihren Ergebnissen vor die Öffentlichkeit zu treten. Weiter wurde gefordert, daß alle Personen, die wegen Handlungen politischer oder sozialistischer Natur verhaftet werden, als politische Gefangene behandelt werden müssen, mit all den Rücksichten und Erleichterungen, die die moderne Kultur politischen Gefangenen längst zugesprochen hat. Auch gegen unberechtigte Ausweisungen von Ausländern aus politischen Gründen wurde protestiert. Eine weitere Entschließung betrifft die Frage des Asylrechts und fordert die Sozialistische Arbeiterinternationale auf, für die Schaffung eines internationalen einheitlichen Fremdenrechts zu wirken.

Dabei soll die Auslieferung von politischen Verbrechern, aber auch die von Defektoren unbedingt verboten werden.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschließung, die die Abschaffung der Todesstrafe fordert.

Dann erstattete Kurt Rosenfeld-Berlin den Tätigkeitsbericht des Bureaus. Während der Debatte war Genosse Dr. Hermann Liebermann im Saale erschienen, dessen grauenhafte Mißhandlung in Brest-Litowsk seinerzeit die Entrüstung der Weltöffentlichkeit hervorgerufen hat. Er wurde stürmisch begrüßt und die Konferenz beschloß, sich mit ihm und den anderen politisch Verfolgten in Polen solidarisch zu erklären. Weiter beschloß man, jedes Jahr eine internationale sozialistische Juristenkonferenz abzuhalten. In das Präsidium des Internationalen Bundes Sozialdemokratischer Juristen wurde neben den bisherigen Mitgliedern Vandervelde-Belgien, Longuet-Frankreich, Renner-Oesterreich, Rosen-

feld-Deutschland, Rodigliani-Italien und Bohy-Belgien, Liebermann-Polen, Soukup-Rußland und Czech-Tschechoslowakei sowie Bard-Ungarn einstimmig gewählt. Die Deutsche Sozialdemokratische Juristenvereinigung wurde abermals mit der Führung des Internationalen Bureaus betraut. Darauf schloß Kurt Rosenfeld mit Worten des Dankes und der Versicherung der Intensivierung und des Ausbaus der internationalen Arbeit der sozialdemokratischen Juristen die Konferenz.

## Die Internationale und 218.

### Entschließung der Wiener Frauenkonferenz.

Wien, 29. Juli. (Eigenbericht.)

Die Internationale Frauenkonferenz fand ihren Abschluß mit der einstimmigen Annahme einer ganzen Reihe von Entschließungen, in denen die Stimmung der Konferenz wiedergegeben ist. U. a. wird darin festgestellt:

Die Frauenorganisationen haben nicht in allen Ländern einen gleich raschen Aufstieg genommen. Der internationale Frauenkongress hat jedoch überall einen mächtigen Auftrieb gebracht. Er soll zu einer wahrhaften Demonstration der sozialistischen Frauen ausgestaltet werden. Fast ebenso wie in den Sozialorganisationen klagten einige Delegierte über geringe Unterstützung durch die männlichen Organisationsvertreter. Aber einstimmig war die Konferenz der Ueberzeugung, daß die Arbeit der sozialistischen Frauen nur in enger Verbundenheit mit der Gesamtorganisation möglich ist. Seit der letzten Internationalen Frauenkonferenz haben die englischen Frauen nicht nur das Wahlrecht erhalten, sondern auch

den Sieg der Arbeiterpartei mit entschieden.

Aber große Länder mit alter Demokratie wie Frankreich und die Schweiz halten die Frauen politisch noch immer in geringerem Recht. Die halb und ganz faschistisch regierten Länder halten die Frauen in geistiger und politischer Unfreiheit. Während über die Notwendigkeit, der Frau in der Wahl der Staatsbürgerschaft bei ihrer Ehe-schließung volle Freiheit zu geben, auf dem Kongress volle Klarheit herrscht, zeigten sich

in Mutterschaftsfragen Verschiedenheiten der Anschauungen.

Manche Länder wie Estland und Lettland, sind in Mutterschaftsfragen sehr weit fortgeschritten. In England bestehen gegen die Schwangerschaftsunterbrechung bis tief in die Reihen der Arbeiterfrauen hinein noch fest verankerte religiöse Bedenken. Die Konferenz beschloß daher zunächst Erhebungen darüber einzuleiten, wie es in den verschiedenen Ländern mit dem § 218 steht, bevor nähere Beschlüsse darüber gefaßt werden.

Es ist klar, daß in einer Zeit der Krise die sozialistischen Frauen Verwirklichung der alten Forderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verlangen. Sie fordern ferner Schutz der arbeitenden Frau, im Bewußtsein, daß der Not und der Arbeitslosigkeit, die aus dem System des Kapitalismus entspringen, nicht durch Kampf gegen die Frauenarbeit, sondern nur durch Kampf um Arbeit und durch Hebung der Lage der arbeitenden Frauen entgegengewirkt werden kann — solange nicht das System selbst beseitigt ist.

Weitere Resolutionen begrüßen die schwerbedrückten Frauen des Landvolks, die erst sozialpolitische Rechte gewinnen müssen und verlangen für die Hausgehilfinnen Würdigung ihrer Leistung, Anerkennung und geistliche Verankerung ihrer sozialpolitischen Rechte.

## Ruhe in Sevilla.

### Drei deutsche Kommunisten festgenommen.

Madrid, 29. Juli.

Nach einer Erklärung des spanischen Kriegsministers ist der Besetzungszustand in Sevilla aufgehoben worden, nachdem die Ruhe zurückgekehrt ist. Zwei Deutsche sind wegen Verteilens kommunistischer Flugzettel verhaftet worden. Eine während der Unruhen von Sevilla verhaftete junge Deutsche, die ebenfalls kommunistische Flugzettel verteilt hatte, hat man wieder freigelassen, da sie den Nachweis erbrachte, nicht an den Unruhen beteiligt gewesen zu sein.

## Englands Erwerbslosigkeit.

### Winterlicher Höchststand im Juli überschritten.

London, 29. Juli.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 20. Juli auf 2 660 733. Gegenüber der letzten Woche hat sich damit der Stand um 18 044 erhöht.

In Brüssel kam es im Anschluß an eine kommunistische Massenversammlung unter freiem Himmel zu Zusammenstößen mit der Polizei. Ein Polizeioffizier und mehrere Beamte wurden schwer verletzt. 50 Kommunisten wurden verhaftet.

# Wie lange noch?

## Aus den Fehlern der Vergangenheit muß man endlich lernen!

Die Wirtschaftskrise wirkt sich in Deutschland mit besonderer Schärfe und Hartnäckigkeit aus, weil es durch niedrige Löhne und einer auch dadurch möglichen Kapitalverschleuderung bei der sogenannten Rationalisierung zu einer ungeheuren Ausschaltung der Arbeitskräfte gekommen ist. Senkung der Selbstkosten durch Senkung der Löhne wurde nun zur Parole der Unternehmer, einer Parole, die sich auch die Reichsregierung zu eigen gemacht hat. Die Folge war, daß die Absatzmöglichkeit im Innenmarkt noch weiter verknappert worden ist und damit der Beschäftigungsgrad weiter sank.

Diese Tatsachen sind heute auch in Deutschland unbestritten — wenn wir natürlich die Unternehmerorganisationen ausnehmen. Unsere sogenannten Wirtschaftsführer sind entschlossen, aus ihren Fehlern nichts zu lernen. Es ist geradezu grotesk, wenn die Unternehmerverbände und das ihnen zur Verfügung stehende Zeitungspapier heute noch immer wieder einen Lohnabbau zur Heilung der Krise fordern.

Wenn es sich bei den Löhnen und Gehältern der Arbeiter, Angestellten und Beamten nur um die Kaufkraft dieser Volksmassen handeln würde, dann wäre ein derartiges Verlangen angesichts der zusammengeschrunnenen Kaufkraft der Arbeiterschaft an sich schon widersinnig genug. Aber auf die Kaufkraft dieser Massen baut sich die Kaufkraft des gesamten Mittelstandes auf, von ihr hängt der Absatz im Klein- und Großhandel ab, von ihr sind bedingt die Einnahmen der Reichsbahn und der Reichspost wie aller öffentlichen Verkehrsbetriebe. Von ihr hängt schließlich ab, ob die Steuereinnahmen des Reiches, der Länder und der Gemeinden zur Deckung der notwendigen Ausgaben ausreichen.

Wenn man diese Zusammenhänge überblickt, dann sollte man meinen, daß es heute nur noch eine Stimme geben darf, wenn es sich um die Festlegung der Löhne und Gehälter handelt: Schluß mit jedem Lohnabbau!

Das wirtschaftliche Denkövermögen der verantwortlichen Kreise scheint aber gegenwärtig ausgeschaltet zu sein. Noch immer werden Schiedsprüche gefällt, die einen Lohnabbau vorsehen, und noch immer können die Unternehmer die ungeheuerlichsten Forderungen auf Abbau der Löhne und Gehälter stellen, ohne daß sich ein allgemeiner Entrüstungsturm der öffentlichen Meinung erhebt.

Man scheint sich in den Regierungskreisen wohl darüber klar zu sein, daß eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit vorgenommen werden muß, um wenigstens einen Teil der Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen und der Verzweiflungstimmung der Arbeitslosen entgegenzuwirken. Wenn von diesem Gedanken bis zur Tat offenbar auch noch ein weiter Weg ist, so scheint man sich im Reichsarbeitsministerium aber noch nicht darüber klar zu sein, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit praktisch unmöglich wird, wenn mit der Kürzung der Löhne und Gehälter nicht endlich Schluß gemacht wird.

Als wenn gar nichts passiert wäre, werden auch heute noch Betriebe aufgekauft und stillgelegt, d. h. es werden ungeheure Kapitalien verschleudert, und diese Kapitalverschleuderung, die zur Vergrößerung der Arbeitslosigkeit führt, versucht man weitzumachen, indem man die Löhne noch weiter drückt und die Preise in die Höhe treibt. Eine derartige Politik der Unternehmer noch weiter zu dulden oder gar zu fördern, ist eine soziale, politische und moralische Unmöglichkeit. Ein derartiges Geschehenlassen ist gleichbedeutend mit der Begünstigung einer Katastrophenspolitik.

## Nur immer langsam voran.

### Stegerwald hat Zeit.

Eine Korrespondenz meldet:

„Die vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen über eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu dem Zweck, Plätze für Arbeitslose freizumachen, dürften sich bis in den September hinein ausdehnen. Für die Berufsbesonderheiten des Buchdruckergewerbes (Buchdruckereien und Steindruckereien) waren für den 4. August Verhandlungen zwischen den Organisationsvertretern der Unternehmer und Arbeiter angelegt worden. Diese Verhandlungen sind jedoch mit dem Einverständnis beider Parteien zunächst auf den 21. August vertagt worden.“

Zunächst sollte — nach der Antündigung Stegerwalds — die 40-Stunden-Woche im April steigen, falls bis dahin die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich zurückgegangen sein würde. Dann ließ sich der Reichsarbeitsminister nochmals zwei Monate Zeit, ehe er es mit gutlichem Zureden der Unternehmer der verschiedenen Berufsgruppen verjagte. Wenn das so weitergeht, dann wird im Oktober oder November wohl die erste Verordnung herauskommen, die die 40-Stunden-Woche für das Baugewerbe während der Wintermonate verordnet. Die übrigen Berufsgruppen werden warten müssen, wie das Experiment im Baugewerbe ausgeht.

## Der rechte Mann am rechten Platz.

### Herr von Borfig und die Vereinigung.

Der „Börsen-Courier“ brachte die Nachricht, Herr v. Borfig habe gebeten, ihn vom Vorsitz der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu entbinden. Dieser Wunsch sei entstanden, weil er durch die erbetene und erhaltene Subvention von 1,2 Millionen Mark sich in Widerspruch gesetzt habe nicht nur mit seinen reaktionären politischen Ansichten, wonach dem Staat jedes Eingreifen in die Wirtschaft verboten sein soll, sondern auch mit der Auffassung der Vereinigung, die jedw. Subventionspolitik ablehnt, deren Vorsitzender Herr von Borfig aber immer noch ist.

Darauf erging folgendes Dementi:

„Gegenüber dem Gerücht, wonach Herr von Borfig beabsichtige, den Vorsitz der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände niederzulegen, erfährt die Telegraphen-Union auf Anfrage bei der Deutschen Arbeitgebervereinigung, daß dort von einer derartigen Absicht Herrn von Borfigs nichts bekannt sei, aber auch kein Grund für einen derartigen Schritt vorhanden sein könne.“

Wir nehmen Kenntnis. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände muß am besten wissen, was sie sich selbst und was ihr der Vorsitzende zumuten darf. Im übrigen würde uns eine andere Stellungnahme überflüssig haben. Es ist eine ganz alte Tradition der Unternehmer aller Grade und aller Gruppen, von den Agrariern bis zu den Schwerindustriellen, gegen den Staat zu weitem, dabei aber die harte Hand hinzuhalten. Herr von Borfig ist dieser Tradition treu geblieben. Er eignet sich also ganz ausgezeichnet zum Vorsitzenden der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

## Nordwest-Lohnschiedspruch verbindlich

### Wie steht es mit der Arbeitszeit?

Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch in dem Lohnstreit in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie für verbindlich erklärt. Damit ist der Konflikt in der Schwerindustrie noch nicht beendet. Er wird in den nächsten Wochen wieder ausbrechen, sobald die Verhandlungen über das Arbeitszeitabkommen beginnen. Es sei denn, der Reichsarbeitsminister fähe einen Entschluß und legt dem Standal einer Arbeitszeit von 52 bis 60 Stunden wöchentlich durch Verordnung der 40-Stunden-Woche ein Ende. Damit zu rechnen wäre allerdings mehr als optimistisch.

## Der Konflikt bei der „Krafttag“.

### Oberpräsident erklärt sich unzuständig.

Der Oberpräsident hat eine Entscheidung über den Antrag der „Krafttag“, die Hälfte der Belegschaft zu entlassen, abgelehnt. Er erklärte sich für unzuständig, da der Antrag nicht den Vorschriften der Stilllegungsverordnung entspricht, weil die Firma nicht eine Anzahl von Wegen, also einen Teil ihres Betriebes stilllegen, sondern die zweite Schicht abschaffen will.

Trotz dieser Entscheidung des Oberpräsidenten hat aber die Firma die Möglichkeit, den Teil der Belegschaft zu entlassen, den

sie angeblich aus Rentabilitätsgründen nicht mehr beschäftigen kann. Daran kann weder der „reformistische“ Betriebsrat noch die „revolutionäre“ Gewerkschaftsopposition etwas ändern.

Die RBD. nimmt gegenüber den Maßnahmen der „Krafttag“ wie immer in solchen Situationen eine Haltung ein, die der Direktion nur erwünscht sein kann. Als Abwehrmaßnahme gegen die geplanten Entlassungen propagiert sie den Streik der ganzen Belegschaft, dessen Durchführung der Betriebsleitung erst die Handhabe bieten würde, die ganze Belegschaft auf die Straße zu setzen und nach dem üblichen „Erfolg“ dieser sinnlosen Aktion, die Chauffeure nach ihrem Belieben wieder einzustellen. Die RBD. legt die bloße Streikparole anscheinend aber auch nur in die Welt, weil sie genau weiß, daß die Krafttag-Belegschaft ihr nicht folgen wird.

Welchen Anhang die RBD. in der „Krafttag“ hat, bemies am deutlichsten die von ihr zu Montag einberufene Betriebsversammlung, in der mit Einschluß der fünf Gewerkschaftsfraktionen aus der Kleinen Alexanderstraße und einiger Betriebsfremder ganze 27 Mann anwesend waren bei einer Gesamtbelegschaft von annähernd 3000 Mann. Die Belegschaft der „Krafttag“ lehnt es ab, die „Kampfbeschlüsse“ einer solchen Versammlung auszuführen. Sie steht vielmehr in ihrer übergroßen Mehrheit hinter den „reformistischen“ Betriebsräten, die sich der Außerkräftsetzung des tariflichen Garantielohnes von 4,50 Mark pro Tag entschieden widersetzt haben und deren Haltung gegenüber der Direktion durch die Urabstimmung der Belegschaft sanktioniert worden ist.

Die Betriebsräte verlangen aber auch von der Belegschaft, daß sie endlich mit ihrer Arbeitskraft haushält und die tariflich und polizeilich zulässige Arbeitszeit von höchstens 12 Stunden täglich nicht überschreitet, sowie den ihr in jeder Woche zustehenden freien Tag nimmt.

## Uferlose Rationalisierung.

### Im Zeichen des Lohnabbaues.

Die Bergbaugruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke hat jetzt den Umbau der Zeche Friedrich Thyssen 2/5 beendet. Diese größte Schachtanlage des Ruhrgebiets kann infolge umfangreicher Rationalisierung täglich 9000 Tonnen Kohlen fördern, das Doppelte als vor dem Umbau. Die Arbeiterzahl ist mit 3500 Mann aber die gleiche geblieben. Die Förderung ist durch Feierschichten gegenwärtig auf 5500 Tonnen gedrosselt.

Die Ueberlageanlage ist bis aufs Letzte mechanisiert. Der 54 Meter hohe Förderurm bildet ein Wahrzeichen Hamborns. Auch der Schacht Beeserwerth in Verbindung mit der Schachtanlage Friedrich Thyssen 3/7 wird zum Großförderer umgebaut.

Abfahrtdamm, Feierschichten und Produktionsverdoppelung, die nicht ausgenutzt werden kann. Hochhaltung der Preise, Tiefhaltung der Löhne, Verschleuderung des Kapitals: das nennt man „Wirtschaftsführung“.

## Nochmals Lohnabbau im Transportgewerbe?

### Damit muß endlich Schluß gemacht werden.

Im Berliner Möbeltransportgewerbe ist bereits im Januar d. J. ein Abbau der Löhne um 9 Proz. durchgeführt worden. Trotz dieses über den allgemeinen Rahmen noch hinausgehenden Lohnabbaues hat der Verein Berliner Möbeltransporteure das Lohnabkommen schon wieder zum 31. Juli gekündigt und einen nochmaligen Abbau der Löhne um 16 Proz. gefordert! Es kommt aber noch besser. Bei diesem ungeheuerlichen Lohnabbau wollen es die Möbeltransporteure noch nicht bewenden lassen. Sie fordern darüber hinaus noch einen erheblichen Abbau der sonstigen tariflichen Zuschläge, wie z. B. der Extrazuschläge bei Transporten von schweren Gegenständen, Geschäfts- und Fabrikumzügen usw. Außerdem verlangen sie, genau wie bei der letzten Lohnbewegung im Januar, die Wiedereinführung des sogenannten Retergeldes, um dessen Abschaffung die Möbeltransportarbeiter im Jahre 1921 vier Wochen lang gestreikt haben.

Die Wiedereinführung des Retergeldes würde eine Erhöhung des Profits der Möbelpediteure auf Kosten der Umziehenden und der Arbeiter des Möbeltransportgewerbes bedeuten. Daß durch die Einführung des Retergeldes wie überhaupt durch die Kürzung der Löhne eine Senkung der Umzugskosten eintreten würde, wird von den Arbeitern des Möbeltransportgewerbes auf Grund ihrer bisherigen Erfahrungen bestritten. In den Verhandlungen über den Neuabschluss des Lohnabkommens verhielten sich die Unternehmer jedem Verständigungsversuch der Gewerkschaftsvertreter gegenüber strikt ablehnend, so daß nunmehr die Verhandlungen vor den staatlichen Schlichtungsinstanzen fortgesetzt werden müssen.

Im Berliner Speditionsgewerbe ist ebenfalls ein Tarifstreit ausgebrochen. Auch hier ist bereits anfangs dieses Jahres

ein Abbau der Löhne um 5 Proz. erfolgt. Zum 1. Mai wurde der Lohnstreik von den Unternehmern bereits wieder zum Zwecke des Lohnabbaues gekündigt. Dem Gesamtverband gelang es jedoch, eine unveränderte Verlängerung des Lohnabkommens bis zum 15. Juli zu erreichen. Da am 31. August auch der Manteltarif für das Speditionsgewerbe abläuft, einigten sich die Tarifparteien dahin, sowohl über den Lohnstreik wie auch über den Manteltarifvertrag bis zum 15. Juli zu verhandeln. Verhandlungen haben jedoch bis jetzt noch nicht stattgefunden. Die Unternehmer haben dem Gesamtverband einen Manteltarifentwurf eingereicht, der so unerhörte Abbauforderungen enthält, daß er vom Gesamtverband nicht als Verhandlungsgrundlage angesehen werden kann.

Ueber die Festlegung der Löhne schweigen sich die Unternehmer des Speditionsgewerbes noch aus. Sie haben sich lediglich bereit erklärt, die bisherigen Löhne so lange weiterzuzahlen, bis ein neuer Lohnvertrag geschlossen ist. Verhandlungen werden voraussichtlich Anfang nächster Woche stattfinden. Es ist zu wünschen, daß sich die staatlichen Schlichtungsinstanzen, denen in beiden Konflikten sicherlich die Entscheidung zufallen wird, an die bekannte Erklärung des Reichsarbeitsministers halten, in der er sich ganz entschieden dagegen gemeldet hat, die Schlichtungsinstanzen für die Durchführung eines zweiten Lohnabbaues zur Verfügung zu stellen.

## Was Pielcke kann, kann auch Pielcke.

### Streikheher und Streikbrecher in einer Person.

Der Arbeiter Wilhelm Pielcke in Kanena, Saalekreis, ist ein eifriges Mitglied der RBD. Er betrachtet es deshalb als seine Pflicht, die Landarbeiter für die RBD. und den Erntestreik zu gewinnen. Gleichzeitig ist er aber schon jetzt darauf bedacht, sich um Streikbrucharbeit zu bemühen. Dieser Bruchtreier sucht alle größeren landwirtschaftlichen Betriebe in der Umgegend auf und bietet seine Arbeitskraft für wöchentlich 8 M. und die Kost an.

Warum soll er nicht? Das Zentralkomitee der RBD. hat bis zum 21. Juli den auf Antrag der vereinigten Reaktion ausgeschriebenen Volksentscheid als Volksbetrug, als falschliches Randvergebrammarkt. Jetzt macht es für diesen Volksbetrug Propaganda. Was den Oberbongen des Zentralkomitees recht ist, muß man dem kleinen Pielcke aus Kanena zubilligen.

## Ein unmöglicher Betriebsleiter.

### Die Reichsmonopolverwaltung muß eingreifen!

Vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Ortsgruppe Berlin, wird uns geschrieben:

In Berlin befinden sich sechs Betriebe der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein. Jeder dieser Betriebe wird von einem von der Zentralverwaltung bestimmten Betriebsleiter verwaltet. Man sollte nun annehmen, daß diese meist aus dem Angestelltenverhältnis hervorgegangenen Betriebsleiter für die Räte der ihnen unterstellten Arbeiter ein besonderes Verständnis entgegenbrächten. Das ist aber in den weitaus meisten Fällen nicht der Fall. Besonders gegenüber der gewerkschaftlichen Betriebsvertretung nehmen gerade jene Betriebsleiter eine eigentümliche Stellung ein. Ein besonders trauriger Fall gibt uns Veranlassung, die Öffentlichkeit anzurufen.

Es handelt sich um den Betriebsleiter der Abteilung Reinickendorf. Als er noch Betriebsleiter in der Abteilung Adlershof war, nahmen die Differenzen mit den dort beschäftigten Arbeitern sein Ende. Ein Aufstand ging durch die Belegschaft, als der Herr nach Reinickendorf versetzt wurde.

Nachdem im Anfang des Jahres bei der Betriebsratswahl die Unorganisierten zwei von den drei zu vergebenden Eigen erhalten hatten, schien der Zeitpunkt gekommen, um den Hof gegen die Organisierten zum Ausbruch zu bringen. Der organisierte Arbeiterrat wurde entlassen. Bei der vor dem Arbeitsgericht angestrebten Klage — vertreten durch die Organisation — wurde die Reichsmonopolverwaltung verurteilt, den Entlassenen wieder einzustellen.

Run kommt das Ungeheuerliche. Der Betriebsleiter ließ den Wachangestellten H. nach dem ersten Termin — was wir durch glaubwürdige Zeugen beweisen können — zu sich kommen, las diesem dreimal die von ihm vor dem Arbeitsgericht gemachten Aussagen vor und gab ihm dann noch eine Abschrift der gemachten Aussagen. Der Wachangestellte war nämlich beim ersten Termin als Zeuge mitgenommen, aber nicht vernommen worden. Zum nächsten Termin sollte er wieder da sein.

Der zweite Fall: An Stelle des entlassenen organisierten Arbeiterratsmitgliedes war der nächstfolgende Kollege getreten. Einmaliges Tages tritt der Betriebsleiter zu dem Wachangestellten H. und jagte folgendes: „H. ist jetzt Betriebsratsmitglied; er muß heraus aus dem Betrieb. Pöffen Sie auf, ob er des Nachts nicht in den Eden sitzt und schläft.“

Weiteres zu sagen, ist überflüssig. Wir überlassen es der Öffentlichkeit, sich ein Urteil über diesen Betriebsleiter zu bilden.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Seit, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Seitens Reichsverbandes:** Jugendheim Götterstr. 14 (großes Zimmer). **Seitens:** Schule bei den Jura für das Gruppenmerkmaleaufschreiben. — **Öffentl. Jugendheim der Schule Ostauer Str. 18.** **Antifragabend.** — **Repton:** Jugendheim der Schule Wittenbrucher Str. 13 (Zugang von der Großstraße in Repton). **Fortzug:** „Wie mich Krieg“, Reformstr. — **Freie Knechtentanz.** t. u. m. h. h. **Gesellschaftsabend** von 8-10 Uhr im Verbandsheim. — **Spieler im Freien** ab 19 Uhr Sportplatz Jungfernhöhe. **Sportplatz Humboldthain** und im Schillerpark und ab 18 Uhr Sportplatz Tiergarten.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Seit um 19<sup>h</sup> Uhr legen die Gruppen: **Rosenfeld:** Jugendheim Grünauer Straße 5. **Arbeiterklasse und Arbeit.** — **Schneidemann:** Jugendheim Käte Schule Götterstr. 14. **2. Jahre Gruppe Schneidemann.** — **Schneidemann:** Jugendheim Götterstr. 14. **3. Jahre Gruppe Schneidemann.** — **Seitens:** Gruppenheim Zentrum Germaniastr. 4-6. **Worum freierwerden?** — **Schneidemann:** Arbeiterberger Str. 66 (Freiwirtschaft). **RBD.** und **SAJ.** — **Wasser:** Jugendheim Schiller Str. 18-19. **10 Jahre Berliner Schutzpolizei.** — **Seitens:** Jugendheim 17. Volkshaus, Gartenstadt. **Antifrag.** **Gewerkschaften im Ausland.** — **Reu-Blüthenberg:** Jugendheim Götterstr. 14. **Ein Stunde literarischer und dann Sport.** — **Landberger Platz:** Gruppenheim Wittenbrucher Str. 13. **Die deutsche Arbeiterbewegung von 1870 bis 1914.** — **Blüthenberg:** Jugendheim Götterstr. an der Peststraße. **Ulfers Arbeit.** — **Jugendgruppe des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter:** Reu-Schönhauser Str. 4-6. **Fortzug des Kollegen H. Reu:** Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei und die Arbeiterbewegung. — **Schneidemann:** R. 21, Johannistr. 14-15. **Gedächtnisfeier** im Jugendheim Engelstr. 24-25. **Gewerkschaftsabend.** **Luftgolf.** **Parti.** **Wie blühen:** **Gleitschiffe** auf großen Fabriken. — **Jugendgruppe des Deutschen Verbands der Arbeiter:** Jugendheim Schötenstr. 21-23. **Siederabend.**

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: H. Steiner; Frauenfragen: Dr. Joha Schützmann; Soziales und Sonstiges: Rita Kattmann; Anzeigen: Th. Gluck; Literarisch in Berlin: Verlag: Fortschritt-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Fortschritt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. **Bierzug 2. Beilage und „Frauenstimme“.**

## Zur Gesichts-Bräunung

aber auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbaden vermerkt man die reizmildernde und kühlende Creme Leodor — feinfaltig in roter Packung; feinfaltig in blauer Packung. — Tube 50 Pf. und 1 M. **Wichtig:** unterläßt durch **Podoc-Paste** 50 Pf. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.